



BIOINDUSTRIE

Positionssuche auf
einem heiklen Gebiet **6**

SELBSTBESTIMMUNG

Aneignung eines
Kampfbegriffs **7**

GESUNDHEIT

Das Triemli wird weg-
gespart **14**

KULTUR

We need to take guns.
Film aus Rojava **16**



Sexistische Gewalt als Teil des Systems begreifen

ME TOO Sexualisierte Gewalt ist ein wichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung der patriarchalen Unterdrückung der Frauen. Durch «me too» wird diese alltägliche Gewalt sichtbar. Das reicht nicht, doch ist es ein notwendiger Schritt hin zu einer emanzipierten Gesellschaft.

(fk) Das Wort «Feminismus» ist aktuell wieder in aller Munde. Und das ist erstmal gut so. 2013 sorgte der Hashtag Aufschrei für Furore in den sozialen Medien und thematisierte sexuelle Übergriffe in einer breiteren Öffentlichkeit. Und seit fünf Monaten hält die «Me-too-Debatte» die Welt in Atem und hat bereits nicht wenigen mächtigen Männern Gesicht, Job und Karriere gekostet. Spätestens seit den Demonstrationen am Tag des Amtsantritts von Trump (so grosse Demos gab es in den USA seit den Antikriegsdemos 1969 nicht mehr) ist klar, dass der Frauenkampf wieder auf den Strassen angekommen ist und nicht nur ein Phänomen der sozialen Medien ist. Und das ist noch besser.

«Me too» kam von unten

«Me too» hat seinen Ursprung nicht bei den Hollywood-Sternchen, welche Ende Oktober 2017 den milliardenschweren Hollywood-Produzenten Harvey Weinstein zu Fall brachten, indem sie dessen sexuelle Übergriffe öffentlich machten. «Me too» begann im Jahr 2006 mit der afroamerikanischen Aktivistin Tarana Burke, welche den Hashtag ins Leben rief, als Teil einer Grassroot-Kampagne von afroamerikanischen Frauen gegen sexuelle Übergriffe. Es ist wohl kein Zufall, dass dieser Begriff erst dann wie eine Bombe einschlug, als weisse und reiche Schauspielerinnen ihn aufnahmen, hingegen nicht, als schwarze Frauen von unten sich gemeinsam gegen sexualisierte Gewalt zusammenschlossen. Die Statistiken haben es eigentlich auch schon lange gesagt: Von sexuellen Übergriffen und sexualisierter Gewalt ist eine Mehrheit der Frauen in ihrem Leben ein- oder mehrmals betroffen, weltweit und egal welcher Klasse sie angehören. Mit der aktuellen Debatte entsteht eine Sichtbarkeit, die von fundamentaler Bedeutung ist. Denn Schweigen (und Wegsehen!) ist Voraussetzung und Folge der sexualisierten

Gewalt. Endlich wird dieses Schweigen gebrochen und so manche Frau hat wohl durch die öffentliche Debatte den Mut gefunden aufzustehen gegen das eigene alltägliche Leid. Diese Welle der Empörung ist richtig, doch daraus sollte eine Selbstverständlichkeit entstehen. Ja eigentlich sollte es normal sein, dass jede sexistische Handlung als eine solche denunziert wird.

Die Antwort auf «me too» ist reaktionär

So wie die Debatte aktuell in den bürgerlichen Medien geführt wird (und ein jeder Trottel noch seine Meinung zum Besten geben darf!), treibt die Diskussion haarsträubende Blüten: Eine Soziologin rät den Frauen vom Schminken ab als Lösung gegen sexualisierte Gewalt, andere finden «Belästigen gehört zum Flirten» und nochmals andere reden plötzlich nur noch von den ach so armen Männern, welche völlig verunsichert gar nicht mehr wissen, wie sie eine Frau ansprechen sollen.

Fortsetzung auf Seite 4

POLITISCHE GEFANGENE

Solidarität mit Hülya Emeç

Die kurdische Journalistin Hülya Emeç kam am 15. Januar via Brasilien am Flughafen Zürich an, wo sie kurz nach der Ankunft einen Asyl-antrag stellte, weil sie in der Türkei politisch verfolgt wird. Die Antwort des zuständigen Staatssekretariats: Ein Nichteintreten auf ihren Antrag, da sie via einem «sicheren Drittland» - nämlich Brasilien – eingereist ist.



Hülya ist eine politische Journalistin, die für verschiedene linke Nachrichtenagenturen in der Türkei gearbeitet hat (unter anderem für DIHA, Firatnews oder Van TV). Praktisch alle dieser Agenturen wurden in den vergangenen Jahren durch den türkischen Staat geschlossen, weil sie der Bewegung gegen das reaktionäre Regime von Erdogan eine Stimme geben. Im Zuge dieser Gleichschaltungskampagne werden JournalistInnen zum Ziel der politischen Repression.

Diese Kampagne begann nicht erst nach dem Putschversuch im Sommer 2016. Seit 2009 wurde gegen Hülya ein Verfahren geführt, in dem ihr die «Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung», nämlich der PKK, vorgeworfen wird. Im Oktober folgte das Urteil: Eine Haftstrafe von mehr als sieben Jahren. Angesichts dieser Aussicht entschloss sich Hülya zur Flucht.

Sie gelangte über Umwege nach Brasilien, doch wollte sie dort nicht bleiben, weil sie sich bedroht fühlte. Entsprechend buchte sie einen Flug in die Türkei mit Zwischenhalt in Zürich. Beim Zwischenhalt stellte sie dann den erwähnten Antrag, auf welchen der Schweizer Staat nicht eintreten will. Stattdessen droht Hülya nun die Auslieferung nach Brasilien, wo ihr wiederum die Auslieferung an die Türkei droht. Es ist gut möglich, dass dies zwischen dem Redaktionsschluss und der Publikation dieser Ausgabe geschieht. Es ist weder die erste noch die letzte Episode der Kollaboration der Schweiz bei der Verfolgung von Linken aus der Türkei. Erinnerung seien etwa an die Auslieferungsverfahren von Mehmet Esiyok ab 2005 oder dasjenige von Mehmet Yesilçali um 2016. In letzter Instanz stützt auch der Schweizer Staat die Klassenjustiz. Ohne die tatkräftige Solidarität mit den politischen Gefangenen kann das Kräfteverhältnis nicht zu ihren Gunsten verschoben werden.



Aufbau  **Vertrieb**

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASEL
Bläsiring 86
Öffnungszeiten auf Anfrage
E-Mail: basel@aufbau.org

ZÜRICH
Kanongasse 35
(im Hinterhaus, Eisentreppe)
Samstags von 12 bis 17 Uhr

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel
Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Öffnungszeiten auf Anfrage: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur
Grenzstrasse 38, Winterthur
winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich
Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich
im Aufbau-Vertrieb an der Kanongasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen
Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)
Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw),
Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az),
Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),
Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk)
Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz
aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Dieses Jahr war die WEF-Mobilisierungen gross: Wörtlich und bildlich. (Wandbild am besetzten Gebäude der Heilsarmee in Zürich)

Editorial

Im Frauenkampf bewegt sich seit einigen Jahren wieder mehr, was sich in unterschiedlichen Formen von Solidarität und Widerstand zeigt. Ein Thema hat die (bürgerlichen) medialen Debatten in den letzten Monaten besonders dominiert. Die Rede ist von dem Hashtag #metoo, welcher von vornehmlich privilegierten Frauen aus Hollywood wieder aufgegriffen und verwendet wurde um sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen sichtbar zu machen. Der Hashtag dient einerseits der Solidarisierung und andererseits der Sichtbarmachung eigener Erfahrungen von sexualisierter Gewalt.

Der #metoo Hashtag, welcher auch in Europa und der Schweiz populär wurde, vermochte aber, wie auch der Hashtag #Aufschrei, den Sprung aus der digitalen Welt nur bedingt. Obwohl es dadurch gelungen ist, Gewalt an Frauen zu thematisieren und einige einflussreiche Männer zu entthronen, blieb die Dynamik auf einer Ebene der Empörung stehen und die Solidarität beschränkte sich vor allem auf die virtuelle Welt. Ebenfalls gelang es nicht, die Problematik strukturell aufzufassen und in einen Gesamtkontext zu integrieren, um so Kritik daran zu formulieren.

Demgegenüber ist es umso wichtiger, den Fokus auf den praktischen Widerstand und gelebte Solidarität zu legen. Auf Widerstand gegen patriarchale Strukturen getragen von proletarischen Frauen.

Wie auch Frauenunterdrückung und Ausbeutung, sexualisierte Gewalt und Sexismuserfahrungen im Alltag leider vielfältig sind, so ist es auch der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft mit ihren patriarchalen Strukturen. Verteidigungskämpfe von erkämpften Errungenschaften finden beispielsweise im Gesundheitsbereich (S. 10/11), in der Selbstbestimmung über den eigenen Körper (S.7), beim Recht auf Abtreibung (S. 9) oder bei emanzipatorischen Projekten wie Afrin in Rojava statt (S 16).

Es ist unerlässlich, Zusammenhänge aufzuzeigen und sich mit den kämpfenden Frauen gegen Krieg und Imperialismus oder den streikenden Frauen im Gesundheitsbereich zu solidarisieren. Frauenkampf ist facettenreich und lässt sich sicherlich nicht auf einen Hashtag reduzieren. Er zeigt sich an unterschiedlichen Orten und in verschiedensten Formen!

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!



Im Bild

Die 16-jährige Aktivistin Ahd Tamimi aus dem palästinensischen Dorf Nabi Saleh wurde im Dezember 2017 verhaftet, nachdem sie einem israelischen Soldaten eine Ohrfeige verpasst hatte. Wenige Stunden vor dem Vorfall hatten israelische Soldaten ihren 15jährigen Cousin mit Gummigeschossen schwer am Kopf verletzt. Nun ist Ahd angeklagt, unter anderem weil sie Steine geworfen und der Besatzungsmacht gedroht haben soll. Dass sie zur Zielscheibe der Repression wurde, ist kein Zufall. Ihr Dorf protestiert seit Jahren wöchentlich gegen die herrschenden Zustände und hat dabei auch keine Berührungsängste mit unterschiedlichen Widerstandsformen. Sie selbst sagte vor einem Jahr in einem Interview dazu: «Steine gegen Soldaten sind keine Gewalt, es ist Teil des friedlichen Protests.»

Afrin – No Pasaran

SYRIEN Das türkische Regime überfällt zusammen mit dschihadistischen Söldnern die syrische Region Afrin. Der Widerstand gegen die Aggression ist heftig und erfolgreich.

(rabs) Seit dem 20. Januar bombardiert die türkische Luftwaffe die syrische Region Afrin. Seite an Seite mit der türkischen Armee marschieren aus dem «Kalifat» vertriebene IS-Söldner, die Nusra-Front (besser bekannt als Al Qaida) und kurdische Truppen der ENKS, dem syrischen Ableger Barzanis, in die Region und greifen Afrin an. Das erklärte Ziel des türkischen Diktators Erdogan ist die Vertreibung der fortschrittlichen Kurdenkräfte, die er als Ableger der PKK bezeichnet. An einer Pressekonferenz in Stockholm zieht die Sprecherin der kurdischen Frauenverteidigungseinheit YPJ Nesrin Abdullah am 9. Februar eine erste Bilanz:

«Seit 20 Tagen greift das NATO-Mitglied Türkei vor den Augen der Weltöffentlichkeit Afrin an. Diese Angriffe sind völkerrechtswidrig. Die vermeintlichen Sicherheitsinteressen der Türkei stimmen nicht. Wir fordern, dass der türkische Staat Beweise dafür vorlegt, dass wir die Türkei angegriffen haben. Wir sind diejenigen, die angegriffen werden, und am meisten leidet die Zivilbevölkerung darunter. Nach unseren Informationen sind 148 Zivilisten durch die türkischen Angriffe ums Leben gekommen. Viele der Toten sind Frauen und Kinder.»

«Erfolgreich» sind lediglich die Bombenangriffe der türkischen Armee. Die Bodentruppen der Armee und ihrer Söldner stossen auf heftigsten Widerstand der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) und der bewaffneten Bevölkerung. Die Aggressoren kommen kaum voran und erleiden grosse Verluste.

Die Rolle der USA und Russlands

Russland scheint diesem Überfall zugestimmt zu haben: Die Luftkontrolle des betreffenden Gebiets war bis am 20. Januar durch die russische Armee wahrgenommen worden. Danach hat Russland seine Soldaten abgezogen und die Radarüberwachung eingestellt. Grünes Licht für seinen Angriff auf Afrin erhielt Erdogan offensichtlich auch aus Washington. Ein machtpolitischer Opportunismus sondergleichen, verbuchten doch die USA den erfolgreichen Kampf der in den SDF militärisch organisierten kurdischen KämpferInnen der YPG und YPJ gegen den IS gerne auf ihr Konto. Wirklich überraschend ist diese Kehrtwende der USA gegenüber der Türkei und den mit ihr verbündeten islamistischen Söldnertruppen nur für diejenigen, die das taktische Bündnis der fortschrittlichen kurdischen Kräfte als strategisches Zusammengehen mit dem US-Imperialismus missverstanden haben. Offen bleibt die Frage, wie sich die USA bei einem Angriff durch die türkischen Streitkräfte auf ihre in Manbidsch stationierten Kräfte verhalten werden. Als Warnschuss an Erdogan könnte der Angriff der US-Kampfbomber gegen die zusammen mit der syrischen Armee kämpfenden Milizionäre in der nordostsyrischen Provinz Deir Ez-Zor sein, die am Euphrat gegen die SDF kämpfen.

Die „Friedens“-Konferenz von Astana

Kaum hat der IS mit dem Verlust des Kalifats eine



Kämpferinnen der YPJ.

empfindliche Niederlage erlitten, giesst das türkische Regime unter Präsident Erdogan erneut Öl ins Feuer und pöppelt die angeschlagene Miliz wieder auf. Die gleichzeitige Beteiligung der Türkei an der von Russland und dem Iran in Astana organisierten «Friedenskonferenz» zu Syrien ist durchaus kein Widerspruch. Wie an all diesen Konferenzen geht es nicht um Frieden, sondern um Einflussphären. Die machtpolitischen Karten im Nahen und Mittleren Osten werden unter der Führung Russlands und des Irans unter Ausschluss der westlichen imperialistischen Mächte neu gemischt.

Russland und der Iran profitieren dabei von der Tatsache, dass der US-Imperialismus und die europäischen Mächte keine Strategie für die Sicherung ihrer Einflusszonen im Nahen und Mittleren Osten zu scheinen haben. Der verheerende Krieg in Syrien ist nicht zuletzt dem strategielosen Interventionismus der USA und der europäischen Mächte zuzuschreiben. So war Russland gemäss dem ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari vor dem Kriegsbeginn im Jahre 2012 bereit, Präsident Assad fallen zu lassen und eine Verhandlungslösung zu finden. Offensichtlich wollten die USA und die europäischen Mächte ihre Pfründe nicht aufgeben resp. mit Russland teilen und setzen auf die totale Eskalation. Dazu gehörte bekanntlich auch die militärische Unterstützung des IS durch den NATO-Partner Türkei. Die Fortsetzung der Geschichte ist bekannt. Im Jahre 2015 kam die russische Armee dem Ersuchen Assads um Luftunterstützung nach und trat militärisch in den Krieg ein. Mit dem Sieg in der Schlacht um Aleppo konnte Assad sich durchsetzen und sitzt nun mit russisch-iranischer Unterstützung wieder fest im Sattel. Die USA haben

sich erst spät und, wie sich jetzt zeigt, nur halbherzig darauf besonnen, den IS zum Hauptfeind zu erklären. Eine direkte Folge des Fehlens einer politischen Strategie des US-Imperialismus für den Nahen und Mittleren Osten ist seine politische Absenz in den laufenden «Friedensverhandlungen».

Der Angriff gegen Afrin ist ein Angriff gegen uns alle

Ausgerechnet die Region Afrin wird während dieser «Friedens»-Konferenz mit Bomben und Terror durch das türkische Regime überzogen. In dieser bis anhin vom Krieg verschonten Gegend leben über 250.000 vor dem Krieg und dem IS-Terror geflüchtete Menschen. Mehr noch, die Menschen lebten in dieser Gegend friedlich und gleichberechtigt zusammen. Unabhängig, welcher Ethnie oder Glaubensrichtung sie angehören, egal ob Mann oder Frau. Eine für das kriegsgeschüttelte Land einmalige Situation, an der die fortschrittliche Politik der SDF einen entscheidenden Anteil hat. Der militärische Überfall auf Afrin ist mehr als nur ein verabscheuenswürdiges Kriegsverbrechen. Angegriffen wird das in allen befreiten Gebieten umgesetzte, fortschrittliche Projekt «Rojava», in dem die Demokratie nicht zur neoliberalen Farce verkommen ist. Genauso wie 1936 die InternationalistInnen in Spanien die fortschrittliche Republik gegen die faschistischen Mächte zu verteidigen suchten, müssen wir heute gegen den Angriff der islamistischen Türkei gegen das fortschrittliche Afrin aufstehen. Dieser Angriff betrifft alle Menschen auf dieser Welt, die gegen den immer unmenschlicheren kapitalistischen Alltag und den imperialistischen Krieg kämpfen.

Fortsetzung von Seite 1

Und immer wieder werden die Frauen, die Übergriffe denunzieren, hart kritisiert. Äussern sich die Frauen anonym im Netz, wird ihnen Feigheit vorgeworfen oder es wird ihnen nicht geglaubt; wenn eine Frau öffentlich mit ihrem Gesicht hinsteht, dann wird auf ihre Person geschossen. So spottete Roger Köppel in der Weltwoche über eine Nationalrätin, die über Sexismus im Bundeshaus sprach: «Eine Politikerin, die ich noch nie ohne kurzen Rock oder hautenge Bluse gesehen habe, beschwert sich, sie würde mit gewissen Herren niemals in den Lift steigen.» Egal, wie Frauen sich äussern, es ist immer falsch, denn sie sollten schweigen, weil sexualisierte Gewalt eines der potentesten Mittel zur Aufrechterhaltung von heteronormativen, patriarchalen Machtverhältnissen ist! Es greift die Integrität der betroffenen Person an, um sie zu unterwerfen. Wird dieses Machtinstrument kritisiert, dann reagieren die mächtigen Herren panisch, solch ein wirkungsvolles Instrument gibt niemand freiwillig aus der Hand.

Sexualisierte Gewalt ist ein Herrschaftsinstrument

PsychologInnen haben gezeigt, dass es bei sexualisierter Gewalt fast nie um den falsch ausgedrückten Wunsch nach Sex geht, sondern immer um Macht und Gewalt. Die Feministin Diana Russel und der Psychologe Richard Johnson beobachteten zudem, dass sexualisierte Gewalt besonders häufig dort auftritt, wo die Frauemanzipation Fortschritte macht, wo Frauen sich Rechte und Räume erkämpfen. Dieses Phänomen kann im Kleinen wie auch im Grossen beobachtet werden: Nach den Aufständen in Ägypten 2011 während des «arabischen Frühlings» stieg die sexualisierte Gewalt auf den Strassen deutlich an. Ägyptische Feministinnen sehen darin einen direkten Zusammenhang mit der aktiven Rolle, die die Frauen während der Proteste gespielt haben. Die ägyptische Regierung dulde nicht nur – ja, sie begrüsse die sexualisierte Gewalt, um die Frauen wieder an ihre Plätze zu verweisen und aus dem öffentlichen Raum zurückzudrängen. Auch in der «westlichen» Welt gibt es einen Zusammenhang zwischen Zunahme von sexualisierter Gewalt und Errungenschaften der Frauenbewegung. Doch nicht nur auf gesellschaftlicher Makro-Ebene lässt sich das beobachten: Statistiken zu häuslicher Gewalt zeigen eindrücklich, dass die Gewalt drastisch ansteigt, sobald die Frauen aus den traditionellen Geschlechterverhältnissen ausbrechen, also typischerweise bei einer Trennung. Die krasseste Form dieser Gewalt ist der sogenannte Feminizid, also die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Weltweit gibt es momentan verschie-

dene Bewegungen zu diesem Thema (zum Beispiel «ni una menos» in Argentinien). Auch in der Schweiz sind Feminizide eine Realität, die wenigen bewusst ist, doch die Statistik dazu ist relativ klar: Von allen Tötungsdelikten an Frauen in der Schweiz zwischen 2000-2004 (das waren rund 429) handelte es sich bei 73% der Täter um den (ehemaligen) Partner oder um ein Familienmitglied. Auch die Zahlen aus Deutschland sind deutlich: 2016 wurden rund 149 Frauen durch ihren (Ex-) Partner umgebracht, bei den Männer, waren es 14.

Sprechen wir nicht über Monster und Opfer....

Sexualisierte Gewalt verhindert man nicht mit Appellen oder moralischer Empörung oder reisserischer Berichterstattung zum Thema Sex und Flirten. Und auch nicht, wenn einzelne mächtige Säcke als «Monster», sexsüchtig oder triebgesteuert in die Psychiatrie geschickt werden, die ganzen anderen Sexisten selbstgefällig nicken und vor sich himurmeln: «Es gibt schon hässliche Männer, aber wir sind zum Glück nicht so!» Sexualisierte Gewalt verhindert man vielmehr, indem wir dafür sorgen, dass Abhängigkeiten und Machtverhältnisse angegriffen und angesprochen werden. Sei das nun im Betrieb als Arbeiterin, die vom Chef belästigt wird und um ihren Job fürchtet, wenn sie aufmuckt; sei das die geflüchtete Frau, welche bei ihrem gewalttätigen Partner ausharrt aus Angst die Aufenthaltspapiere zu verlieren; sei das die Frau mit Behinderung oder die Frau im Knast. Oder sei es die Mutter, die häusliche Gewalt aushält, weil sie sonst in Armut alleinerziehend leben muss. Das sind alles Gesichter der Frauenunterdrückung, deren Grundlage die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist. Daraus resultieren Lohnungleichheit, Rollenbilder, Machtgefälle und Abhängigkeiten, die den Boden für die sexuellen Übergriffe bereiten. All diese Beispiele zeigen auch, wie weit entfernt Cathrine Millet (eine weisse, reiche bürgerliche Publizistin, die sich vor Kurzem über «Me too» beschwerte) von der Mehrheit der arbeitenden Frauen ist, wenn sie sagt «jede normale Frau kann sich wehren!» Natürlich stimmt das theoretisch, doch der Preis dafür ist sehr unterschiedlich: Ausschaffung, Kündigung oder sogar Tod. Da kann Frau Millet noch lange in der warmen Stube sitzen und ihre Texte schreiben...

...sondern greifen wir den patriarchale Kapitalismus an

Darum betonen wir, dass Feminismus nicht gleich Feminismus ist: Denn zur besonderen Situation der Frauenunterdrückung gehört, dass zwar alle Frauen davon betroffen sind, dass die Frauen aber auch verschiedenen Klassen angehören und darum zusätzlich die Interessen der jeweiligen Klasse vertreten. Umso



Strassenkunst von girl gangs over graz

wichtiger ist es, dass in der aktuellen Debatte, in der sich vor allem eher gut gestellte bürgerliche Frauen zu Wort melden, immer wieder auch die Wurzeln der Frauenunterdrückung angesprochen werden: die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, welche ein Grundpfeiler des Kapitalismus ist. Die ökonomische Schlechterstellung und Entwertung der Frauen ist die Voraussetzung für die aktuellen Übergriffe. Darum gilt: Wer Sexismus bekämpfen will, muss auch den Kapitalismus angreifen. Und gleichzeitig muss der Schutz für betroffene Frauen im Hier und Jetzt ausgebaut werden. Trotz «me too» gibt es beispielsweise immer noch viel zu wenig Frauenhäuser, ja die Gelder werden im Zuge der Sparpolitik sogar gestrichen und es herrscht eine hohe Straflosigkeit in diesem Bereich.

Sexismus trifft die Frauen einzeln, doch die Antwort muss kollektiv und organisiert sein. Das geschieht weltweit immer mehr, das ist nicht nur gut - das ist unentbehrlich! Und irgendwann werden wir von der Verteidigung in die Offensive kommen, vom «me too» zu einer Faust in die Fresse, hin zu einem Kampf für eine klassenlose Gesellschaft ohne patriarchale Unterdrückung.

Kreuzworträtsel

Mit Gewinn!

Das Lösungswort muss bis am 01.04.18 an redaktion@aufbau.org geschickt werden. Unter den korrekten Lösungen wird das Buch über den Amazon-Streik verlost, das auf Seite 14 dieser Zeitung vorgestellt wird. Die Auflösung des Rätsels folgt in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung.

Leerzeichen und Satzzeichen innerhalb von Wörtern werden weggelassen. Umlaute, Zahlen und mehrere Worte können vorkommen. Einige Fragen beziehen sich auf bestimmte Städte, diese sind in Klammern angegeben. **Ungerade Fragen sind senkrecht, Gerade waagrecht.**

- 1:** Von allen bewohnt, von vielen gehasst. Befindet sich nahe Nr. 8, ist aber viel weniger stabil (zh)
- 2:** 2017 in Bern: Erst besetzt, dann heftig umkämpft
- 3:** Gemahlen oder gesprayed, gegessen oder inhaliert
- 4:** Kill ... with his own weapons
- 5:** Die Reichen leben für ihn, die Armen sterben für ihn
- 6:** Teil des Klassenkampfes – insbesondere am 8. März
- 7:** Trägt einen Pelzmantel – und niemand würde ihm deswegen einen Vorwurf machen
- 8:** Besitzt die stabilste Schaufensterscheibe in Zürich - leider
- 9:** Ist an vielen Wänden Zürichs zu finden – dennoch suchen es Viele ein Leben lang
- 10:** Geliebt vom Gourmet und vom Squatter (zh)
- 11:** Verhindert Kinder und unbewilligte Demos
- 12:** Kommunistische Partei in der Schweiz (heute)
- 13:** Lenin hat in dieser Gasse gewohnt – benannt ist sie nach einem Schönheitsutensil
- 14:** Geplanter Albtraum für MigrantInnen, gemacht zum Albtraum für Polizei und Baufirma (bs)
- 15:** Höchster Berg Europas (je nachdem)
- 16:** Wichtig nach dem Hurrikan, präsent in der revolutionären Linken
- 17:** Verehrt von der Bourgeoisie, studiert von KommunistInnen
- 18:** Cocktail, wird heiss serviert
- 19:** Queere antikapitalistische Gruppe (zh)
- 20:** Er war erfolgreich in der SS und in der BRD. Die RAF wurde ihm zum Verhängnis
- 21:** Mördertreff!
- 22:** Alle politischen Gefangenen
- 23:** Riecht gleich wie seine illegale Schwester, wirkt aber anders
- 24:** nicht zweigeschlechtlich sondern
- 25:** Politischer Raubvogel
- 26:** Politische Ikone, kommt nicht von dort
- 27:** 1312
- 28:** multikulturell und chaotisch – am 1. Sonntag im Monat besonders spannend (zh)
- 29:** Schneller Vogel – bringt so manche/n ZürcherIn zum stolpern
- 30:** Seelenretterverein, gesponsort von Nr. 8
- 31:** Lateinamerikanische Guerillaorganisation
- 32:** Code fürs Handy
- 33:** Dort wird wohl so schnell kein Gipfel mehr stattfinden
- 34:** Bewaffnete kurdische Miliz. Nr. 4 mag sie nicht
- 35:** macht am 1. Mai Überstunden – leider
- 36:** Du bist in einer Bar. Der Typ da wird allzu aufdringlich. Wen suchst du?
- 37:** Bekannter Physiker, von der Demonstrantin auf die Polizei geworfen

Die eindimensionale Erzählung

MAI 86 Wenn die Zeitungen heute an 1968 erinnern, ist die Rede von «Jugendunruhen». Sexuelle Revolution, Kunst und Selbstverwirklichung stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen. Wir sehen das anders: Gegenberichte.

(az) In der gängigen Erzählung ist die moderne Gesellschaft durch Individualismus, Egoismus und Popkultur gekennzeichnet und dieser moderne Lifestyle soll seinen Durchbruch im Jahr 1968 gehabt haben, so will es die bürgerliche «Analyse». Es wird ein äusserst egozentrisches Bild der damaligen Militanten gezeichnet. «Ich hatte genug von diesem Mief» heisst es beispielsweise in der Ausstellung in Bern zu 1968 oder noch banaler: «Ich wollte Action und Frauen kennenlernen». Aussagen dieser Art werden gerne zitiert. Damals soll sich die Jugend gegen das Spiesertum erhoben und das schöne Leben inklusive Selbstverwirklichung gefordert haben. Das ist richtig, allerdings nebensächlich und bössartig, weil es das Hauptsächliche unterschlägt: Das Politische.

1968 war weder ein Generationenkonflikt noch eine Lifestyle-Revolution, es war ein Kampf für ein besseres Leben für sehr viele, nämlich für die ganze Welt. Denn damals war die Hoffnung ganz selbstverständlich gesellschaftlicher und kollektiver Art, indem man für eine bessere Gesellschaft kämpfte, kämpfte man auch für sich selbst. Kollateral kam dabei auch das Spiesertum unter die Räder, ist doch logisch!

Das schöne Leben ist kollektiv

Diese Form des Kampfes war für die Militanten erbaulich und beflügelnd, zumindest schildert es der Kunststudent Gérard Fromanger so: «Künstler sind nicht mehr im Atelier, sie arbeiten nicht mehr, weil die Realität nun kraftvoller ist als ihre Erfindungen. Selbstverständlich werden sie zu Militanten, ich unter ihnen. Wir gründen das Atelier populaire des Beaux-Arts und machen Poster. Wir sind Tag und Nacht da und produzieren Poster. Das ganze Land ist im Streik und wir haben noch nie so hart gearbeitet. Endlich braucht es uns.» Teil der Gesellschaft zu sein und darin einen Beitrag leisten zu können ist der Höhenflug. Gefordert ist dabei nichts weniger als Gleichheit für alle, wie die politische Erklärung des besagten «Atelier populaire des Beaux-Arts» ausführte: «Bourgeoise Kultur trennt und isoliert Künstler von anderen Arbeitenden, indem ihnen ein privilegierter Status zugesichert wird. Privilegien schliessen den Künstler in ein unsichtbares Gefängnis ein. Wir haben entschieden zu verändern, was wir in der Gesellschaft sind.» Erfrischend, wie zuversichtlich und selbstbewusst damals entschieden werden konnte. Verwirrend, was die Nachwelt daraus gemacht hat.

Internationalistische, klassenkämpferische Praxis

Doch machen wir einen Schritt zurück und fragen uns, was so dringlich und nachhaltig entpolitisiert werden soll. Vor 50 Jahren war die Welt in Aufruhr und mitten im Kalten Krieg deutete vieles auf einen positiven Aufbruch in Richtung Marxismus hin. Die Revolution in Kuba war noch jung und in China hatte die Kulturrevolution eingesetzt. Diese stiess in Europa auf Interesse, versprach sie doch den sowjetischen Marxismus herauszufordern und Bewegung in die kommunistischen Parteien zu bringen. Ähnliches schien im Ostblock durch den Prager Frühling zu geschehen.

In Afrika und Asien war Dekolonialisierung allgegenwärtig, Algerien hatte wenige Jahre zuvor den Befreiungskrieg gewonnen. Auch in den USA mehrten sich militante Bewegungen, insbesondere hatten die Schwarzen nach der Ermordung von Martin Luther King definitiv die Nase voll vom friedlichen Warten. Besonders wichtig und beeindruckend war zu diesem Zeitpunkt jedoch Vietnam. Die Tet-Offensive des Vietcongs führte der Welt die Entschlossenheit der Guerilla vor Augen und überall wuchs die Solidarität mit diesem Kampf.

Neben der immer wichtiger werdenden internationalen Solidarität waren aber auch in Europa selbst Kämpfe auf der Tagesordnung. Die EWG hatte erste Schritte unternommen und Zölle abgebaut, womit sie eine Krise auslöste, insbesondere bei den Bauern, aber auch in der Industrie. Während der 60er Jahre kam es in Frankreich und Italien zu Demonstrationen und Streiks, die revolutionäre Wucht entwickelten. Im wiederbewaffneten Deutschland artikuliert sich eine Generation, die nicht länger gewillt war, die nationalsozialistische Vergangenheit totzuschweigen und hinzunehmen. Wer also behauptet, wie aus dem Nichts hätten StudentInnen plötzlich angefangen zu kämpfen, muss eine beachtliche Verdrängungsarbeit



Im Atelier populaire des Beaux-Arts: Der einfarbige Siebdruck war keine ästhetische Wahl, nur so liessen sich schnell genügend Plakate herstellen, denn der Bedarf war enorm. Unter den Plakaten hängt handgeschrieben der Hinweis: «Für die Poster ist die Ehrlichkeit der Technik vorzuziehen» aber auch: «Genossen, das Atelier sauber halten ist auch am Kampf der Völker teilnehmen».

leisten. Im Gegenteil 1968 war Teil und Höhepunkt eines internationalen Kampfzyklus, die revolutionäre Linke war stark, ihr Sieg schien möglich.

Die Kultur der Wortführer

Diese Perspektive haben die Reaktionären im Visier, wenn sie im Fernsehstudio bei Mineralwasser und in kultivierter Stimmung über 1968 palavern. Die Entpolitisierung wird von jenen erzählt, die sich selber sehr wichtig nehmen und ausserdem die politische Seite gewechselt haben. Sie sind zu professionellen Alt-68ern geworden, ihre vormalige Militanz ist ihr Karrieremodell. Und ihre Aufgabe ist es, die Geschichte von den Arbeitern, dem Internationalismus, der revolutionären Gewalt und der Kollektivität zu reinigen und Jugendunruhen gegen «Autorität» daraus zu basteln - klarerweise mit ihnen selbst an der Spitze. Kraft der Wiederholung ist diese Erzählung hegemonial geworden.

Wir wollen beim klassischen Beispiel Frankreich bleiben, wo ehemalige «Studenten-Führer» am ausgeprägtesten die Ereignisse in ihr eigenes Spektakel der Eitelkeiten verdreht haben. Dabei ist gerade das französische Beispiel (neben dem italienischen) besonders ungeeignet für einen derartigen Geschichtsrevisionismus. In diesen zwei Ländern trafen ideologische Kritik an den herrschenden Verhältnissen, politische Militanz und Arbeiterbewegung aufeinander und beflügelten sich gegenseitig.

9 Millionen Menschen arbeiten nicht

Frankreichs Aufstand wurde von den StudentInnen in Paris ausgelöst, doch schlossen sich innerhalb weniger Tage nicht nur die StudentInnen des restlichen Frankreichs an, sondern auch die ArbeiterInnen und Angestellten und viele Bauern. Der Auslöser für den Generalstreik war die Repression gegen die Studis, die derart brutal war, dass grosse Teile der Bevölkerung sich solidarisch zeigen wollten. Doch selbstverständlich hatten die verschiedenen Akteure auch jeweils ihre eigenen Gründe, den Kampf aufzunehmen. 1967 war ein Jahr der Krise in Frankreich, die Angst vor Arbeitslosigkeit war gross, allerdings auch die Angst vor der Arbeit. Die Arbeitsbedingungen waren ungesund und erniedrigend, bei einer Arbeitszeit von durchschnittlich 46 Stunden die Woche verdienten die meisten knapp genug, um zu überleben. Der kurze Filmausschnitt «la reprise du travail aux usines Wonder» zeigt die Verzweiflung der jungen Arbeiterin, die nach dem Streik auf keinen Fall in dieses giftige Drecksloch von Arbeitsplatz zurückkehren will. Das lässt erahnen, dass ArbeiterInnen nicht nur (wie von den Gewerkschaftsspitzen behauptet) für höhere Löhne und Organisationsfreiheit kämpften. Sie wollten Würde und Wertschätzung, die ihnen als Subjekt zustand, erst durch den gemeinsamen Kampf konnte das zum Ausdruck kommen.

Bauern schlossen sich vielerorts der Bewegung an, sie werden besonders gerne unterschlagen, weil sie ganz schlecht ins Bild des urbanen, modernen Protests in Paris passen. In Tat und Wahrheit befanden sich die Landwirte aber seit 10 Jahren in einem erbitterten Kampf, und sie brachten neben den Traktoren militante Erfahrung mit, die für die Bewegung wichtig war. Ausserdem konnten ihre Lebensmittel überlebensnotwendig sein, z.B. wenn sie Streikküchen belieferten. Dass einige den Kampf als

gemeinsamen definierten und nicht als Zweckbündnis, zeigt das Flugblatt junger Landwirte: «Die jungen Landwirte der Loire-Atlantique begnügen sich nicht damit, die Arbeiter und Studenten in ihrem Kampf zu unterstützen. Sie sind auf ihrer Seite, um die gleichen Tatsachen einzuklagen und die gleichen Rechte einzufordern.»

Das Resultat der gesellschaftlichen Mobilisierung war, dass im Mai 1968 in Frankreich neun Millionen Menschen nicht arbeiteten! Frankreich stand still, doch seine Bevölkerung nicht. Jetzt trafen Leute aufeinander, die sich sonst nicht kennen gelernt hätten. In Nachbarschaftskomitees oder auf der Barrikade. Eine Lehrerin erinnert sich: «Ich habe zum ersten Mal Arbeiter getroffen. Ich hatte davor nie welche gesehen, ich mache keinen Witz, nicht einmal in der Metro. Und plötzlich lebte und arbeitete ich nur noch mit Arbeitern: Mit älteren Parteimitglieder und mit jüngeren Immigranten. Die Fabriken waren besetzt, im Streik, wir trafen uns, um «Theorie zu machen» ... Ich fühlte mich wohl dabei. Und ich dachte, das würde nie aufhören.»

Aussagen normaler Militanter von 1968 bringen eine spürbare Melancholie oder sogar Verzweiflung bis hin zu nachhaltiger Wut über den Verlust einer positiven Perspektive und des Kollektivs zum Ausdruck. Es kennzeichnet auch Zurückhaltung und Bescheidenheit bezüglich der eigenen Rolle in den Ereignissen ihre Aussagen. Wenn Bewegungen verlieren, ziehen sich die Militanten zurück, das ist normal. Doch viele sind aktiv geblieben, die 70er Jahre waren äusserst bewegt und von dem gekennzeichnet, was 1968 angefangen worden war.

Kristin Ross: May '68 and its afterlives, Chicago 2002.

Ludivine Bantigny: 1968: De grands soirs en petits Matins. Paris 2018.



Kinderwunsch-Ökonomie

REPRODUKTIONSMEDIZIN Immer neue technische Möglichkeiten und Gesetze ermöglichen einen immer breiteren Einsatz der Bioindustrie. Eine kritische perspektivetaugliche Positionssuche ist angesagt. Keine leichte Aufgabe, der wir uns hier annähern wollen.

(fk) Die kapitalistische Kommerzialisierung von Körperteilen, -substanzen und -prozessen breitet sich weiter aus. Zu nennen sind hier verschiedene Verfahren humangenetischer Selektionspraktiken; Eizelltransfer und Leihgebühren; Inwertsetzung von Körperteilen und -substanzen wie Spermien, Eizellen, Embryonen, Gebärmütter und Abfallprodukten wie Nabelschnüren, Gewebe u.a.

Nach der Legalisierung der Pränataldiagnostik und der In-Vitro-Fertilisation, ist in der Schweiz seit September 2017 das neue Präimplantationsdiagnostik-Gesetz in Kraft (PID). Was vernünftig erscheinen mag, hat verschiedene Seiten, die auch kritisch hinterfragt werden müssen. Die Frage ist immer, welche Klasseninteressen dahinter stehen und wer in welcher Weise davon profitiert.

Gegen dieses liberal revidierte Fortpflanzungsmedizinengesetz (FMedG) hatten verschiedene Behindertenorganisationen ein Referendum ergriffen. Im Juni 2016 hat das Schweizer Volk dem neuen FMedG jedoch deutlich zugestimmt. Procap bspw. lehnt die Präimplantationsdiagnostik nicht grundsätzlich ab. Sie fordert aber Schranken bei der Anwendung, damit die Unterscheidung von «wertem» und «unwertem» Leben durch die PID nicht salonfähig wird. Procap befürchtet, dass Eltern von Kindern mit Einschränkungen zunehmend unter Druck geraten und sich rechtfertigen müssen. Die PID solle nur Paaren erlaubt sein, die Träger von schweren Erbkrankheiten sind, die sie auf ihre Nachkommen übertragen können (ca. 50-100 Fälle pro Jahr). Das Parlament hat die Anwendung der PID jedoch stark ausgeweitet. Sie soll künftig allen Paaren offenstehen, die auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können (bis zu 6000 Fälle pro Jahr). Das geht Procap zu weit; sie befürchtet eine fast schrankenlose Anwendung der PID, verstärkte Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen oder Krankheiten und weitere Normierungszwänge.

Gewordenes oder gemachtes Leben?

Ohne zweifellos auch positive technologische Fortschritte zu negieren, welche für eine kommunistische Gesellschaft sinnvoll einzusetzen wären, geht es auch uns nach wie vor darum, gegen eine unkritische «humangenetische» Selektion und Behindertenfeindlichkeit Position zu beziehen. Denn mit den selektiven Dimensionen der Reproduktionsmedizin gehen Normierungen und Strukturen der Behindertenfeindlichkeit einher. Es ist kein Zufall, dass in Deutschland einige Eugeniker und «Rassenhygieniker» aus der Nazizeit nahtlos in den biowissenschaftlichen Betrieb wechselten und es fortan «Humangenetik» nannten. Es gilt, wo auch immer das Leben der Logik des Profits, der Logik von «verwertbarem» Leben, unterworfen wird, Widerstand zu leisten.

Eines ist für uns klar: Technologien sind nicht neutral, sondern sind immer zu einem bestimmten Zweck erfunden worden. Nicht erst aus ihrer Verwendung im patriarchalen Kapitalismus resultiert die Problematik vieler Technologien, sondern bereits aus ihrem patriarchal-kapitalistischen Entstehungsprozess, der sie so und nicht anders hervorgebracht hat.

Manche feministische Strömungen neigen dazu, Technik für neutral und daher eine feministische Aneignung für möglich zu halten. Als wichtigste Theoretikerin ist hier Shulamith Firestone zu nennen. Für sie bedeutet die künstliche Reproduktion die Erlösung von der weiblichen Biologie. Diese Denkweise, sich mit Hilfe der Technik von «der Natur» befreien zu wollen, können wir nicht kritiklos teilen. Die Techniken tragen auch, anders als ein Teil queerer Feminist*innen heute gerne annimmt, nicht nur dazu bei, Elternschaft und Biologie voneinander abzulösen. Vielmehr können sie heterosexuelle Lebensformen und die Idee vom biologisch ähnlichen oder genetisch verwandten Kind bestärken. Damit einher gehen traditionelle Familienbilder und die damit verbundenen Arbeitsteilungen in der Sorgearbeit.

Andererseits kann es auch nicht um eine Unterscheidung von «gewordenem» und «gemachtem» Leben gehen, und die kategorische Ablehnung des «gemachten», wie es einige Positionen propagieren. Diese Übersteigerung von «Natürlichkeit» zielt nicht in eine emanzipatorische, sondern eine konservative Richtung.



Kryokonservierung nennt sich die Methode des «Social freezing», mit der sich Eizellen in flüssigem Stickstoff auf unbestimmte Zeit einfrieren lassen

Eher teilen wir die von Silvia Kontos auf dem ersten Kongress «Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik» 1986 formulierte Möglichkeit einer feministischen Nutzbarkeit der Technik, um Frauen den grösstmöglichen Entscheidungs- und Handlungsspielraum, nämlich «Reproduktionsautonomie» zu verschaffen. Dabei dachte sie aber an eine Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses, also gerade nicht an ein individualistisches Modell. Und dies ist der Kern, um den es in dieser Debatte gehen muss.

Die Reproduktionsmedizinlobby

Heute argumentiert die Lobby der Reproduktionsmedizin für die Ausweitung der Gesetze mit dem «Grundrecht auf Fortpflanzung», mit dem Recht auf ein eigenes, perfektes Kind. Mit diesem Argument der individuellen reproduktiven Wahlfreiheit gewinnen sie weiter an gesellschaftlicher Zustimmung. Aufgetischt wird uns eine dekontextualisierte Vorstellung von individueller Selbstbestimmung als Freiheit der KonsumentInnen (siehe S. 7). Die Wunschliste der boomenden Bioindustrie umfasst die Legalisierung von Eizelltransfers, die Legalisierung des Leihgebärens sowie die Embryonenforschung. Ihr Interesse ist der Zugang zu jedem derzeit verfügbaren reproduktionsmedizinischen Verfahren. Im Zentrum stehen mit der verstärkten Kommerzialisierung von Körperteilen, -substanzen und -prozessen Möglichkeiten grosser Kapitalinvestitionen und milliardenstarker Profite. Genaue Zahlen dazu sind keine zu finden. Doch kostet bspw. ein Designerbaby nach Bauplan der «Güteklasse A-Grade», d.h. ein Embryo der «besten genetischen Güteklasse», in der Reproduktionsklinik CT Fertility in Connecticut/USA, 140.000 Dollar. Davon bekommen Eizellspenderin und Leihmutter nur einen Bruchteil. (Bis vor Kurzem existierte noch eine Genie-Samenbank, doch die wurde offiziell vernichtet.)

Für uns ist klar, dass es nicht um die individuelle Konsumfreiheit für ein eigenes, gesundes, geniales, blauäugiges oder schwarzhaariges Kind gehen kann – eine Freiheit die sich meist nur reiche und Mittelklassen leisten können. Die Arbeit machen proletarische Frauen oder Frauen im Trikont.

Für uns geht es um eine differenzierte Positionssuche. Es geht nicht darum, Paare moralisch zu verurteilen, wenn sie die zunehmend routinierte pränatale Diagnostik nutzen. Im Zentrum unserer Kritik stehen die TestproduzentInnen, die die Kriterien für die Selektion festlegen sowie die Bioindustrie und ihre Profitinteressen, welche die Arbeitsbedingungen der weiblichen Eizell-, Schwangerschafts- und Gebärd-Arbeiterinnen bestimmen.

Es geht um die Kritik des Zur-Ware-Werdens, der kapitalistischen Vermarktung des Frauenkörpers und des Kindes; um die Kritik an gesundheitsgefährdenden und gefährlichen Verfahren wie Eizellabgabe oder Schwangerschaft und Geburt, die aktiv von der Fertilitätsindustrie vorangetrieben werden. Ebenfalls ist die globale Arbeitsteilung zwischen Süd und Nord, bei der gefährliche und/oder gesundheitsschädliche Arbeiten im Süden und Osten für die «1. Welt» erledigt werden, grundsätzlich zu hinterfragen.

Gesundheitsschädliche Eizellabgaben

Eizellabgaben sind – anders als Samenspenden – gesundheitsbelastend. Vor der Entnahme der Eizellen werden die Eierstöcke der «Spenderin» medikamentös stimuliert, um mehrere Eizellen gleichzeitig reifen zu lassen, die anschliessend, meist unter Narkose, durch Punktion entnommen werden. Der Hormonhaushalt

der Frau wird gestört, die Frauen leiden an diversen Nebenwirkungen. Nach einer Eizellspende haben Schwangere, unabhängig von Alter und vom angewandten reproduktionsmedizinischen Verfahren, ein erhöhtes Risiko, Schwangerschaftserkrankungen zu entwickeln.

In der Schweiz, Deutschland, Italien, Litauen, Norwegen und der Türkei ist die Eizellspende derzeit nicht erlaubt. Schätzungsweise 1000 Schweizerinnen fahren deshalb jedes Jahr zu einer Eizellspende ins Ausland, z.B. Frankreich, Grossbritannien, Spanien, Niederlande, Belgien, Tschechische Republik, Slowakei, Polen, Ukraine, Österreich. Nach Meinung der «Fachleute» stellt das Verbot eine «Ungleichbehandlung der Geschlechter» dar. Der Nationalrat arbeitet deshalb zur Zeit daran, Samen- und Eispenden rechtlich gleichzusetzen. Es kann also nicht mehr allzu lange dauern, bis Eizellabgaben auch in der Schweiz legalisiert werden.

Kritische Positionssuche

Bei einer kritischen Debatte kann es kaum um ein einfaches Pro oder Kontra humangenetischer Diagnostik, bzw. Selektionspraktiken gehen. Diese Frage ist gebunden an die jeweiligen ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen und kann auch nur in Zusammenhang mit den damit verbundenen Sorgearbeiten analysiert werden, welche tatsächlich individualisiert belastend sein können und oft in Form von unbezahlter Frauenarbeit erledigt werden.

Wichtig ist vor allem, Diskriminierungen und Ausgrenzungen von Menschen mit Behinderungen und die Kürzung von Sozialgeldern zu bekämpfen sowie körperliche Normierungen und vielfältige Pathologisierungen der kapitalistischen Reproduktionsmedizin zu hinterfragen. Es bedarf der Forderung nach mehr Ressourcen und anderer Formen der vergesellschafteten Assistenz und Sorgearbeit. Einen Blickwechsel und andere behindertenpolitische Forderungen werden bspw. von einem queerfeministisch/behindertenpolitischen Bündnis in Berlin gestellt, welches alljährlich unter dem Motto «verrückt und behindert feiern» pride parades organisiert.

In der Schweiz stehen Kürzungen von Sozialhilfe auf der Tagesordnung. Gerade wurde im Kanton Bern von der SVP wieder eine Kürzung von 98.– Franken monatlich für Menschen mit Beeinträchtigungen durchgesetzt. Oder es wurden in der Gemeinde Neerach den Eltern eines schwerstbehinderten Kindes die vollen Heimkosten von über 8000.– Franken monatlich auferlegt (bis anhin wurden ihnen 900.– Franken monatlich verrechnet).

Kollektivierung von Elternschaft und Sorgearbeit

Unsere Positionssuche muss sich an einer Möglichkeit zur Perspektive messen. Es gilt, die individualisierte Fixierung auf das «eigene» Kind zu verlassen und statt der ungewollten Kinderlosigkeit die gemeinsame Elternschaft zu diskutieren. Denn wenn wir vom «Ich» zum «Wir» kommen, ist jede künstliche Kinderproduktion und -vermarktung überflüssig, unabhängig von Homo- oder Heteropartnerschaften. Kinder gibt es auf dieser Welt genug und die Kollektivierung der Sorgearbeit hat sowieso oberste Priorität für die Befreiung der proletarischen Frauen. Es gilt, andere Formen der Organisation von Sorgearbeit und des Zusammenlebens mit oder ohne Kinder zu entwickeln sowie Strategien auszuhecken, wie wir dem herrschenden Diskurs vom «eigenen» «perfekten» Kind und einer nationalstaatlich formierten, rassistischen und klassenhierarchischen Humankapitalverwertung in die Quere kommen können.

Quellen: Susanne Schultz, Kirsten Achtelik, Lisbeth Trallori

«Meine Dinger, mein Ding» ?

SELBSTBESTIMMUNG Als Antwort auf das Erstarken der Rechten und Angriffe auf das Abtreibungsrecht kommt wieder mehr Bewegung in den Frauenkampf. Die Forderung nach Selbstbestimmung ist in diesem Kontext zentral. Unter demselben Label werden uns aber auch die neuen Techniken der Reproduktionsmedizin verkauft. Höchste Zeit, den Begriff der Selbstbestimmung gegen kapitalistische Vereinnahmung zu verteidigen.

(fk) Gegen patriarchale Strukturen zu kämpfen bedeutet, für Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit von Frauen einzustehen. Zum Beispiel im Kampf für das Recht auf Abtreibung – auch in Zürich, wo 2014 ein riesiges Transparent mit «My Body, My Choice» über der Kalkbreite-Genossenschaft flatterte. Damit wurde gegen den (M)arsch fürs Läbe mobilisiert. In der Schweiz konnten christliche FundamentalistInnen dank starken Gegenmobilisierungen in den letzten Jahren von der Strasse vertrieben werden. 2017 riefen die OrganisatorInnen statt einem Marsch zu individuellem Beten zu Hause auf. Das ist ein wichtiger Sieg für unsere Seite angesichts der aktuell zunehmenden Angriffe auf das Abtreibungsrecht. Beispielsweise in Polen, wo letztes Jahr beinahe ein umfassendes Abtreibungsverbot erlassen wurde. Nur durch massiven Protest auf der Strasse konnte dies verhindert werden. In Italien steigt der Anteil an ÄrztInnen, welche aus «Gewissensgründen» keine Abtreibungen vornehmen, immer mehr an, obwohl sie seit 1981 legal sind. Dies sind Indizien für das sich verschärfende gesellschaftliche Klima und führt zu einem steigenden moralischen und ökonomischen Druck auf betroffene Frauen. Laut der WHO werden fast die Hälfte der Abtreibungen, also 25,5 Mio. jährlich, in unsicheren Verhältnissen durchgeführt. Diese Entwicklungen sind Ausdruck wieder zunehmender patriarchaler Herrschaftsverhältnisse. Den Frauen wird die Entscheidungsgewalt über ihren Körper und ihr Leben genommen. Dagegen gilt es immer wieder unsere Selbstbestimmung zu verteidigen und einzufordern.

Das liberale Märchen der Wahlfreiheit

Das Spannungsfeld, in dem der Begriff Selbstbestimmung steht, ist aber breit und er wird auch gerne von bürgerlicher Seite benutzt. Dort dreht es sich vor allem um ein selbstbewusstes Konsumverhalten. Ein überdimensionales Beispiel dafür war eine Werbekampagne der breast Klinik am Hauptbahnhof Zürich. Mit dem Spruch «Meine Dinger, mein Ding», wurde die Brustvergrößerung als autonome Entscheidung starker Frauen für ein gutes Körpergefühl beworben.

Auch die neuen Möglichkeiten, die sich in der Reproduktionsmedizin bieten, tragen das Versprechen nach mehr Selbstbestimmung in sich. Beispielsweise gibt es die Möglichkeit, Eizellen einfrieren zu lassen, damit sich die Frau erst einmal auf ihre Karriere konzentrieren und das Kinderkriegen auf später verschieben kann. Treffenderweise nennt sich dieses Verfahren Social freezing. Leihmutterchaft und In-Vitro-Fertilisation sind weitere Beispiele für neue Arten der biologischen Reproduktion. Das Verkaufsargument ist überall dasselbe: Die Wahlmöglichkeiten und die Palette an Lebensentwürfen für Frauen wird erweitert und ihre Selbstbestimmung so gestärkt.

Konsumfreiheit versus Selbstbestimmung

Dem Freiheitsversprechen des Marktes, wonach sich JedeR frei selbstverwirklichen kann, stehen die realen Lebensumstände gegenüber. Es herrschen Zeiten des Sozialabbaus und der zunehmenden Flexibilisierung unserer Arbeits- und Lebensumstände. Vom Sozialabbau sind Frauen doppelt betroffen. Erstens fällt dadurch mehr Gratisarbeit an und zweites sind es grösstenteils Frauen, welche im wachsenden Care-Sektor zu miesen Löhnen arbeiten.

Der Begriff Selbstbestimmung kann gut für die kapitalistische Mär vom autonomen Subjekt missbraucht werden. Dies hat verheerende Auswirkungen auf die Lebensrealität von proletarischen Frauen. Die freie Entscheidung, welche losgelöst von gesellschaftlichen Erwartungen und Rollenbildern getroffen wird, gibt es schlicht nicht. Dies noch weniger, je weniger ökonomische oder gesellschaftliche Ressourcen jemandem zukommen. Es ist allem voran eine Frage der Klassenzugehörigkeit, wie breit die jeweiligen Möglichkeiten zur Bestimmung der Lebensentwürfe sind.

Zweitens gilt heute mehr denn je, dass die Konsequenzen von vermeintlich individuell getroffenen Entscheidungen schliesslich jedeR auch individuell auszubaden hat. Die einst frauenkämpferische Forderung nach Selbstbestimmung wird modifiziert in die kapitalistische Funktionsweise eingegliedert. Eigenverantwortung ist dementsprechend die andere Seite der Medaille. Hast du dich dafür entschieden Mutter zu werden? Gut, dann bist du auch alleine dafür verantwortlich, alles perfekt auf die Reihe zu kriegen. Egal wie vereinzelt und prekär sich dieses Muttersein in den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen herausstellt.

In einer Gesellschaft, in welcher Vereinzelung System hat, wirkt diese Eigenverantwortung disziplinierend. Herrschaft muss nicht mehr durch äusseren Zwang durchgesetzt werden, sondern wird immer stärker verinnerlicht. Die Angst vor den Konsequenzen unangemessenen Verhaltens ist allgegenwärtig. Du magst nicht jeden Morgen früher aufstehen, damit du dich noch schön schminken kannst? Gut, dann muss es dir auch egal sein, als ungepflegt zu gelten. Du hast keine Zeit deinen Kindern ein ausgewogenes Abendessen zu kochen? Dann bist du eine verantwortungslose Mutter, die sich nicht um die Gesundheit ihrer Kinder kümmert.



«Cargo Cult» nannte Martha Rosler ihre Fotomontage, die wir als Verschränktheit von Globalisierung und Schönheitsnormen interpretieren

Die Hypermedialisierung unserer Gesellschaft wirkt hier noch verstärkend. Ständig sind wir im Fernsehen, auf Werbeplakaten oder in den sozialen Medien mit dem Bild der perfekten Frau konfrontiert. Sowohl in Bezug auf Körper oder Tugenden, ständig wird uns vorgeführt, wie wir eigentlich zu sein hätten.

Unterworfen aber kämpfend zugleich

Die zunehmende Verinnerlichung gesellschaftlicher Normen konfrontiert uns kämpfende Frauen mit einem Widerspruch. Um uns dem herrschenden System entgegen zu setzen, benötigen wir Bewusstsein und Selbstbestimmung. Wir versuchen, in unserer Praxis mit dem Bestehenden zu brechen und eine Perspektive zu entwickeln. Zugleich sind wir Teil der Gesellschaft und als solcher auch Ausdruck von ihr. Auch wir haben Ansprüche an unseren Körper, Erwartungen an uns als gute Mutter, Freundin oder Tochter. Diese entsprechen teilweise gesellschaftlichen Normen. Wenn wir versuchen, diesen Ansprüchen gerecht zu werden, bedeutet dies nicht die absolute Unterwerfung oder dass wir als Einzelne zu wenig stark und widerständig sind. Sondern, dass wir uns auf einem Weg befinden, aus dem Alten das Neue zu entwickeln. Dieses Neue steht nicht am Anfang des Prozesses, sondern ist das Ziel. Es ist wichtig, sich als Teil der Gesellschaft zu verstehen, um Teil ihrer Veränderung sein zu können. Es ist illusorisch zu meinen, wir könnten uns einfach vom Bestehenden abkapseln um ein widerspruchsfreies Paradies zu schaffen. Unsere politische Praxis hat den Anspruch, eine Perspektive für Alle und nicht nur eine Oase für Wenige zu erkämpfen. Sich zu organisieren und solidarisch den Rücken zu halten sind dabei die Mittel, um gegen die individuelle Unterwerfung anzukämpfen.

Selbstbestimmung ist und bleibt unser Kampf begriff, ob angesichts reaktionärer Angriffe oder für eine Perspektive jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung. Im Kontext eines proletarischen Frauenbewusstseins kann er revolutionäres Potential entwickeln. Das bedeutet, ihn gegen das Versprechen von formeller Freiheit im Kapitalismus abzugrenzen und für reale Selbstbestimmung zu kämpfen. Diese haben wir dort, wo wir kollektiv die Umstände gestalten, unter denen wir unsere individuellen Entscheidungen treffen.

KOMMENTAR

Hand in Hand

Sexismus und Gewalt betreffen nicht nur Frauen sondern gehen einher mit Homophobie und heteronormativen Ideologien. Homosexualität wird von Reaktionären vehement bekämpft, sie ist nach wie vor in 78 Ländern verboten, in acht unter Todesstrafe gestellt. Andererseits konnten die LGBTIQ*-Bewegungen in den letzten Jahrzehnten viele Erfolge verzeichnen (Lesben, Gays, Bisexuelle, Transmenschen, Intersexuelle, Queers). In allen Teilen der Welt schafften viele Länder strafrechtliche Sanktionen gegen homosexuelle Handlungen ab. Westliche Länder rühmen sich ihrer Toleranz und verkennen dabei Rollbacks und ihre historische Verstrickungen in die repressiven Gesetzgebungen der ehemaligen Kolonien.

Rechtsnationale Bewegungen nehmen die zunehmende Akzeptanz oder Sichtbarkeit von Homosexualität als Anlass, einen Kulturkampf zu führen, in dem sie sich als Bewahrer «traditioneller Werte» inszenieren. Rechte Kräfte beklagen den «perversen Zeitgeist» und hetzen wieder völlig offen gegen Schwule, Lesben und Transgender-Personen im Namen von «Familie, Volk und Nation». Das Kapital in der Krise nutzt Homophobie für ihre Interessen und einige Regierungen haben die Repression wieder verschärft. Dabei spielen fundamentalistische Religionen eine wichtige Rolle.

Jedes Jahr werden rund um den Globus Tausende Menschen wegen ihrer sexuellen und geschlechtlichen «Abweichungen» geschlagen, belästigt, vergewaltigt, gefoltert oder umgebracht. Genaue Zahlen lassen sich nicht ermitteln, da viele Übergriffe oft durch Staaten selbst verübt werden, wie etwa die Angriffe auf Homosexuelle durch Bürgerwehren in Russland oder die weit verbreiteten «korrigierenden Vergewaltigungen» in Südafrika von Frauen, die als lesbisch betrachtet werden. Manchmal finden solche Übergriffe internationale Beachtung, wie im Fall von David Kato, einem bekannten ugandischen Schwulenaktivisten, der 2011 ermordet wurde.

Auch in unseren Breitengraden stossen Menschen mit nicht heterosexuellen Präferenzen und vielfältigen Genderidentitäten auf Gewalt und Hass. Und es ist für Flüchtlinge oder Aktivist*innen aus LGBTIQ*-Bewegungen schwer, hier Asyl zu kriegen, obwohl sich viele von ihnen in Lebensgefahr befinden. Es ist also keineswegs ein Kulturkampf der westlichen «Demokratien» gegen den Rest der Welt, der durch den Imperialismus in Rückständigkeit gehalten wird. Die Errungenschaften im Westen sind alle relativ jungen Datums und es gab schon lange vor dem «Westen» in verschiedenen Kulturen oder Ethnien unterschiedliche Formen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, von denen der «Westen» Einiges lernen könnte.

Die Rechten und ihr Krieg gegen LGBTIQ* verschleiert, um was es im Grunde geht: Die Sicherstellung der Herrschaft des Kapitals. Als Kommunist*innen kämpfen wir mit den Queer-Bewegungen gegen Geschlechter- und Körpernormen, gegen den Zwang, so zu sein, wie sie uns vorschreiben, gegen die Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann, für eine Gesellschaft, in der alle von uns so sein, so lieben und Sex haben können, wie sie wollen. Wir kämpfen für eine befreite, emanzipierte Gesellschaft – für Alle*. Nur die Bourgeoisie als Klasse und patriarchale Denk- und Handlungsweisen müssen unterdrückt werden, und zwar so lange und so konsequent bis es sie eines Tages nicht mehr geben wird. (fk)

Die Rollenbilder der Rechtspopulisten – SVP und AfD im Vergleich

ROLLENBILDER Die beiden Parteien SVP und AfD sind unterschiedlich in ihrer Entstehungsgeschichte, verfolgen aber sehr ähnliche Ziele. Dass beide Parteien chauvinistische und patriarchale Grundzüge tragen, ist bekannt. Wie aber gehen sie mit den Widersprüchen ihrer unterschiedlichen Zielgruppen um?

(agaf) 1988 sollte das Schweizer Eherecht aus dem Mittelalter in moderne Zeiten überführt werden. Sätze wie «Der Ehemann ist das Haupt der Gemeinschaft, er bestimmt die eheliche Wohnung» oder «Der Ehemann verwaltet das eheliche Vermögen» sollten aus dem Zivilgesetzbuch gestrichen werden. Die SVP wehrte sich mit aller Kraft dagegen.

Im Jahr 2003 dann versuchten 38 von 44 SVP-NationalrätInnen zu verhindern, dass die Vergewaltigung in der Ehe als Offizialdelikt deklariert wird. Es war die Rede vom Richter im Ehebett. Diese Beispiele verdeutlichen, wie ur-konservativ die SVP als ursprüngliche Bauernpartei schon immer war. Seit der Machtübernahme durch die Zürcher Fraktion um den Unternehmer und Multimilliardär Christoph Blocher bemüht sie sich darum, diese reaktionären Grundwerte mit einer neoliberalen Ausrichtung zu vereinen. Dies stellt sich nicht immer als besonders einfach heraus. Wie soll bspw. einer Managerin von der Goldküste beigebracht werden, dass sie an den Herd zurück soll? Natürlich wird hier um den heißen Brei geredet. Da sie es sich leisten kann, stellt sie eine Frau aus der Unterschicht ein und beutet diese für sich aus. D.h. die von der SVP propagierte Gleichstellung von Frau und Mann zielt direkt darauf, dass Frauen aus unteren Klassen an ihrer Stelle für die Betreuungsarbeit ausgebeutet werden sollen. Staatliche Unterstützung für kinderreiche Familien oder eine Förderung von Krippenplätzen beispielsweise durch staatliche Subventionsleistungen lehnt die Partei klar ab. Die SVP sieht darin eine Diskriminierung traditioneller Familienformen. Auch können Kinderkrippen oder Mittagstische, so die Meinung der SVP, die elterliche Liebe nicht ersetzen. Kurzum, eine Frau die es sich leisten kann, darf Karriere machen – ärmere Frauen mit Kindern sollen zu Hause bleiben. Inkonsequenz kann der SVP dabei nicht vorgeworfen werden, wie Jasmin Hutter 2009 bewies. Medienwirksam zog sich die damals 31-jährige Nationalrätin und Partei-Vizepräsidentin von all ihren politischen Ämtern zurück. Der schwangere SVP-Vorzeigefrau verzichtete unter dem Applaus ihrer ParteikollegInnen auf eine vielversprechende politische Karriere, um sich ganz ihrem künftigen Job als Mutter und Hausfrau widmen zu können.

AfD – Familie als völkisches Projekt

Während die SVP, zumindest was staatliche Subventionen in der Familienpolitik betrifft, eine neoliberale Agenda verfolgt, versucht die AfD anders zu punkten. Der ihr anhaftende Mief einer wirtschaftsfreundlichen Professorenpartei bemüht sich die neue Führung zunehmend abzulegen. Es wird versucht sich als Partei mit einer sozialpolitischen Agenda zu positionieren, die sich der Sorgen der kleinen Leute annimmt. Im Gegensatz zur SVP ist bei der AfD Familie keine Privatsache. Durch eine spezielle Förderung sollen deutsche Familien dazu ermutigt werden, sich für mehr Kinder zu entscheiden. Zur Sicherung der deutschen Identität und Volksvermehrung sind auch staatliche Massnahmen recht. Der angeblich drohenden Überfremdung durch kinderreiche Familien mit Migrationshintergrund soll so Vorschub geleistet werden. «Aktivierende Familienpolitik» heisst für die AfD auch, dass der Staat das Zusammenleben von Vater, Mutter und Kindern stärkt. Elterliche Betreuung soll also genauso finanziell gefördert werden wie Kindertagesstätten. Alleinerziehende hingegen sollen nicht vom Staat unterstützt werden, zumindest sofern es sich dabei um ein «selbstgewähltes» Lebensmodell handelt. Familie ist bei der AfD also keine Privatsache wie bei der SVP.

Heilige Familie, heilige Kuh

Als parlamentarische Parteien müssen zumindest nach aussen beide die Gleichwertigkeit von Frau und Mann anerkennen. Allerdings unter Berücksichtigung der natürlichen oder eben angeblich gottgegebenen Geschlechtsunterschiede. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Leistung für Mann und Frau benennen beide Parteien als Selbstverständlichkeit. Dafür brauche es aber weder «Gleichstellungsbüros, bürokratische Regelungen oder eine Lohnpolizei», so die SVP. Die Gleichstellung der Geschlechter soll zudem unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen «Identitäten, sozialen Rollen und Lebenssituationen» erfolgen.



In jungen Jahren gegen die AfD.

Auch bei der Hochstilisierung des traditionellen Familienbildes als einzig erstrebenswerte Lebensweise treffen sich die beiden Parteien in ihrem Chauvinismus wieder. Die SVP bezeichnet in ihrem Parteiprogramm die Familie als tragende Säule der Gesellschaft, die AfD spricht von der Ehe und Familie als Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft. Beide Parteien bekennen sich zur traditionellen heteronormativen Familie als Leitbild. Zudem sind sie der Meinung, dass die Gender-Ideologie, so die AfD, naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern marginalisiert und damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen wirke.

Mit der Ablehnung der als bedrohlich eingestuft „Gender-Ideologie“ zeigt die AfD, dass es ihr mit ihrer angestrebten Politik keineswegs um eine tatsächliche Gleichberechtigung aller Menschen geht, weder von Mann und Frau geschweige denn von Personen, die sich nicht in diese Definitionen einordnen können oder wollen. Ganz im Gegenteil vertritt die AfD eine Auffassung, wonach Frauen eine «natürliche Rolle» ihrem «Wesen» gemäß zugeschrieben werden kann. Frauen haben demnach andersartige Fähigkeiten als Männer.



AfD Wahlplakat aus dem Jahr 2016

Selbstbestimmung ade

Um die deutsche Familie zu stärken und deren Geburtenrate zu erhöhen, will die AfD die hart erkämpfte Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper abschaffen. Die AfD wendet sich «gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, sie staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem «Menschenrecht» zu erklären», heisst es in ihrem Parteiprogramm. Bei einer «nicht signifikant sinkenden Zahl der Schwangerschaftsabbrüche» wolle die AfD daher eine «Gesetzeskorrektur zum besseren Schutz des Ungeborenen» vor-

nehmen. Das bedeutet: Abtreibungen sollen erschwert oder gar verboten werden. Im Parteiprogramm der SVP findet sich zwar nichts zu Abtreibungen, ihre Position zu diesem Thema ist jedoch kein Geheimnis. 2014 unterstützte sie die aus mehrheitlich rechtsevangelikalen Kreisen initiierte Volksinitiative «Abtreibung ist Privatsache.» Die Initiative, die letztendlich an der Urne scheiterte, wollte Abtreibungen aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen streichen. Gerade proletarischen Frauen wäre so die Möglichkeit einer Abtreibung zusätzlich erschwert worden.

Gänzlich blind in Fragen gesellschaftlicher Diskriminierung sind die Rechtskonservativen jedoch nicht. Die diskriminierten sind sie. Angeblich linke Politik diskriminiere die Gemeinschaft der Familie, welche wohl gemerkt nur mit einer heterosexuellen, bürgerlichen Zusammensetzung anerkannt wird. Die beiden Parteien gefallen sich in der Opferrolle und versuchen den öffentlichen Diskurs mit dieser Strategie massgeblich zu prägen. Parallel dazu werden die immer gleichen Stereotypen gebetsmühlenartig wiederholt. Dadurch sollen sie als gott- oder naturgegeben und alternativlos in den Köpfen der Menschen festgesetzt werden.

Wenn die Aussagen einzelner Parteipersonen zitiert werden, klärt sich die Frage, wie diese reaktionäre Rollenbilder verinnerlicht haben. Etwa Christoph Blocher, Chefstrategie der SVP, meint im Zusammenhang mit dem neuen Eherecht (um 1985): «Sehe ich falsch, wenn ich diese Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen Mann und Frau in engster Beziehung sehe zu demselben Verhältnis zwischen Christus und der Gemeinde, zwischen Gott und der Welt, ja zwischen Vater Gott und Gott Sohn selbst?». Weiter findet Ueli Maurer, Bundesrat der SVP, in einer lockeren Gesprächsrunde (26.04.2014) über die Neubeschaffung von Kampfjets: «Wie viele Gebrauchsgegenstände, die 30 Jahre alt sind, haben sie noch zu Hause? Bei uns sind das nicht viele, ausser natürlich der Frau, die den Haushalt schmeisst».

Die AfD wiederum macht Wahlkampfwerbung (2017) mit rassistisch/sexistischem Inhalt: Plakate mit einem Bild einer Frau in einer Küche mit der rhetorischen Frage «Sehen Sie auch eine Frau in einer Küche, die kocht?» und darauf die Antwort: «Das ist politisch nicht korrekt» oder «Burkas? Wir stehen auf Bikinis».

Klar ist, es soll so sein wie früher, als die Frau noch ihren Platz als Mutter hatte und der Mann seiner Bestimmung als Ernährer, Führer und Patriarch nachgehen konnte.

In der nächsten Ausgabe widmen wir uns in einem Folgeartikel dem Frauenbild der Identitären Bewegung. Wir möchten deren Konzept zur Festigung der patriarchalen Machtstrukturen ebenfalls unter den gleichen Gesichtspunkten beleuchten und aufzeigen.

Abtreibung hat im Strafgesetzbuch nichts verloren

ABTREIBUNGSRECHT In Deutschland wurde eine Allgemeinärztin verurteilt, weil sie auf ihrer Homepage über Schwangerschaftsabbruch informierte. Diese Geschichte zeigt vor allem eines: Der Kampf um das Recht auf Abtreibung ist noch nicht ausgefochten. Der Schwangerschaftsabbruch muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch.

(agfk) Im Artikel zum Begriff Selbstbestimmung (Seite 7) erwähnen wir, dass die Angriffe auf das Abtreibungsrecht im Zuge der reaktionären Entwicklung wieder zunehmen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Fall Kristina Hänel. Kristina Hänel ist Frauenärztin und die Einzige, die in der Region Giessen Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Sie wurde zu einer Busse von 6000 Euro verurteilt, weil sie gegen Artikel 219a verstieß, welcher wie folgt lautet: «Wer öffentlich (...) seines Vermögensvorteils wegen eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs (...) anbietet, ankündigt oder anpreist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.» Ja, unglaublich, eine Ärztin darf schreiben, sie bietet Jahreskontrollen, Schwangerschaftskontrollen oder Brustvergrößerung an, alles ok – steht aber Schwangerschaftsabbruch in der Liste, muss sie schlimmstenfalls bis zu zwei Jahre in Haft! Und dies, obwohl in Deutschland der Schwangerschaftsabbruch legal ist. Hinter dem Verbot von «Werbung» versteckt sich die strukturelle Gewalt, die der Staat gegen Frauen ausübt: Frauen sollen, wenn es nach dem Staat geht, nicht frei über ihre Körper und ihre Reproduktionsarbeit verfügen können. Der Artikel 219a stammt übrigens aus dem Jahr 1933 und wurde von den Nazis ins Strafgesetz eingefügt. Trotz vieler Kämpfe dagegen wurde seine Streichung bis heute verhindert. Der Artikel dient heute den reaktionären AbtreibungsgegnerInnen, die aktuell wieder offener gegen Abtreibung mobilisieren: Auf der Strasse vor den Kliniken mit Plastik-Embryonen, am «Marsch fürs Leben», im Internet, wo sie Namen von FrauenärztInnen veröffentlichen, welche Abtreibungen durchführen oder eben auf juristischer Ebene. Die Folgen sind spürbar: Informationen werden von der Homepage entfernt, Frauen werden kriminalisiert und als «Mörderinnen» bezeichnet und es gibt immer weniger GynäkologInnen, die den Schwangerschaftsabbruch anbieten. In Deutsch-



Protest vor dem Gericht während dem Prozess gegen Kristina Hänel

land werden darum ÄrztInnen aus Holland angeworben. In Italien weigern sich rund 70% der FrauenärztInnen, eine Abtreibung durchzuführen.

Bei der Abtreibungsdebatte geht es um Sexualität

Für Hänel ist es kein Zufall, dass die Abtreibung so hart umkämpft ist: «Sexualität steht für Freiheit. Deswegen bekämpfen alle totalitären Regimes Abtreibung, Homosexualität und Prostitution. Das war und ist auf der ganzen Welt schon immer so gewesen. Man kann es gerade in Amerika und der Türkei beobachten. Die Abtreibungsdebatte hängt mit der Sexualität zusammen. Für mich ist die Abtreibungsfrage eine der politischsten Fragen überhaupt.» Darum hat das Urteil Kristina Hänel angespornt: Sie hat Berufung eingelegt, eine Petition gegen Artikel 219a beim Bundestag eingereicht und ist überwältigt von der Solidarität, die sie erlebt: «Bei mir auf dem Land ist es besonders auffällig, ich werde von allen quasi beglückwünscht, alle halten zu mir.» Auch am Prozessstag waren im Saal und draussen viele Menschen und begannen zu pfeifen und zu schreien, als das Urteil bekannt wurde.

Artikel 218 und Artikel 118 müssen weg

Der Prozess gegen Hänel hat eine öffentliche Debatte angestoßen, die längst wieder fällig war: Die Streichung der Artikel aus dem Strafgesetzbuch. Vorerst geht es vor allem um den Artikel 219a, doch perspektivisch ist klar: Die Abtreibung hat im Strafgesetzbuch nichts verloren und es ist skandalös und ewiggestrig, dass in Deutschland Artikel 218, und mit fast demselben Wortlaut Artikel 118 in der Schweiz, bis heute existieren. In der Schweiz steht ausserdem, dass bei jedem Gespräch vor einer Abtreibung «Auskunft über die Möglichkeit, das geborene Kind zur Adoption freizugeben» gemacht werden muss, andernfalls Haft oder Busse für die beratenden ÄrztInnen droht. Bei keiner anderen medizinischen Intervention ist es im Strafgesetzbuch festgelegt und so genau beschrieben, mit welchen Worten die Aufklärung erfolgen muss. Das zeigt einmal mehr, dass das Recht auf Abtreibung ein höchst politisches ist. Denn zur Unterwerfung und Unterdrückung der Frauen ist die Kontrolle der Sexualität und deren Fruchtbarkeit zentral. Darum werden wir auch in Zukunft das Recht, selbst über unseren Körper bestimmen zu dürfen, verteidigen müssen.

Unter schwierigsten Bedingungen: Streik in US-Gefängnissen

KNASTKÄMPFE In Florida streikten im Januar und Februar Inhaftierte gegen die unbezahlte Zwangsarbeit. Dieser Kampf ist Teil einer seit längerer Zeit anhaltenden Streikdynamik in den US-Knasten.

(rabs) Am 15. Januar 2018 legten Gefangene in über einem Dutzend Haftanstalten Floridas (USA) die Arbeit nieder. Bereits im Voraus wurde der Streik als Operation Push angekündigt. Die Liste der Forderungen der Gefangenen ist lang. Es geht um starke Überbelegung, um extreme Temperaturen, schlechtes Wasser, um die Gewalt der WärterInnen, um Wucherpreise in der Kantine und um die Lage der Gefängnisse – oft liegen sie direkt neben hochgiftigen Mülldeponien. Die wichtigste Forderung aber betrifft die Arbeitsbedingungen: In Floridas Knästen gibt es Arbeitszwang und die Löhne liegen – wenn überhaupt etwas bezahlt wird – bei etwa 20 Cents pro Stunde. Aufgrund dieser erzwungenen Gratisarbeit verorten sich die streikenden Gefangenen in einem nach wie vor andauernden Kampf gegen die Sklaverei.

Suppe im Knast: 17 Dollar

Der Vergleich mit der Sklaverei wird durch den Umstand bestärkt, dass die Einsperrung in erster Linie arme, nicht-weiße Communities trifft. Viele Häftlinge sitzen als Bestrafung dafür ein, dass sie Bussen nicht bezahlen konnten. Wenn sie entlassen werden, sind die Bussen weiterhin unbezahlt und die Bedingungen, Arbeitslosigkeit und Elend, noch immer dieselben. Und auch wer bei der Entlassung keine Schulden hat, wird aufgrund der Situation in den Armenvierteln früher oder später erneut in Kontakt mit der rassistischen Polizei kommen. Und nicht genug, dass die Arbeitskraft der Gefangenen unbezahlt ausgebeutet wird: Es werden auch ihre Familien und Netzwerke hemmungslos abgezockt. In den Kantinen von Floridas Knästen kostet eine Suppe 17 US-Dollar.

Lockdown

Informationen drangen nach Beginn des Streiks kaum nach aussen. Denn die Gefängnisdirektionen blieben gegenüber dem angekündigten Kampf nicht tatenlos. Wenige Tage vor Beginn wurden Razzien durchgeführt, um Handys aufzuspüren, die offiziellen Telefonmöglichkeiten wurden ausgesetzt und OrganisatorInnen in Einzelhaft geworfen. Totales Abschneiden von der Aussenwelt – das war auch im September 2016 die Aufstandsbekämpfungsstrategie. Da-



Inhaftierte in Louisiana auf dem Weg zur unbezahlten Zwangsarbeit

mals fand – pünktlich zum 45. Jubiläum der Attica-Revolution – der grösste Gefangenestreik der US-Geschichte statt. Doch trotz der geschätzten 24.000 Beteiligten blieb das Aufbegehren in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet.

Organisierung nimmt zu

Dennoch werden wertvolle Erfahrungen gesammelt. Eine wichtige Rolle bei der Organisierung der Gefangenen in den USA spielt das „Incarcerated Workers Organizing Comitee.“ Bei der Operation Push wurde ganz bewusst nicht zu Aufständen aufgerufen. Gerade in Florida gab es in den letzten Jahren mehrfach heftige Rebellionen in den Gefängnissen – die mit krasser Repression beantwortet wurden. Der jüngste Streik entspricht der seit einigen Jahren angewandten Strategie: Verstärktes Aufbauen von Anti-Knast-Gruppen draussen und Arbeitsniederlegung sowie klare Forderungen aus dem Innern. Revolten sind in Knästen wenig zielführend, da das Kräfteverhältnis zu ungünstig ist, die Isolierung und Zerschlagung ist vorprogrammiert. Andererseits schaffen Riots mehr Aufmerksamkeit, während rein ökonomische Kampfmittel von den Knastbehörden unter Umständen totgeschwiegen werden können.

Big Business

Und diese Knastbehörden sind im Kampf gegen die Organisierung der Inhaftierten ArbeiterInnen schonungslos. Denn es geht um sehr viel Geld. In den USA waren

2016 knappe 2,3 Millionen Menschen eingesperrt (22% aller Inhaftierten weltweit), etwa 900 Tausend davon waren in Arbeitsprogrammen. Die Zeitung «The Intercept» schätzt, dass jährlich ein Wert von über zwei Milliarden Dollar durch Knastarbeit geschaffen wird. Produziert werden landwirtschaftliche Güter, Arbeits- und Militäruniformen oder Rüstungsgüter. Unternehmen wie Walmart, McDonalds, Microsoft, Starbucks oder Lockheed Martin erzielen Extraprofite durch Outsourcing in Gefängnisfabriken (was in den USA sinnigerweise Insourcing genannt wird). Auch für Gemeinden und Bundesstaaten ist die Arbeit der Gefangenen zu einer wichtigen Stütze geworden. In Florida etwa wurden Tausende Häftlinge bei den gefährlichen Aufräumarbeiten nach Hurrikan Irma eingesetzt.

In der Vorbereitungsphase von Operation Push wurde betont, dass es nicht um einige Tage, sondern um eine Dauer von mindestens einem Monat gehe. Wieviele Gefangene sich am Streik beteiligen, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau sagen. Die Gefängnisleitung und das D.O.C. (Department of Correction) behauptet nach wie vor, der Streik sei nicht existent. Derweil dringen Informationen nach aussen, dass einer der wichtigsten Organisatoren und Mitglied der New Arican Black Panther, Party Rashid, Johnson seit zwei Wochen in Isolationshaft sitzt, in einer Zelle ohne Heizung, bei Aussentemperaturen um den Gefrierpunkt.

Defizitäre Spitäler sind kein Versehen, sondern Absicht

KANTON ZÜRICH Verschiedene Operationen dürfen im Kanton Zürich seit Januar 2018 nur noch ambulant durchgeführt werden, zu dieser Sparmassnahme hat die Unternehmensberatung PWC geraten und Gesundheitsdirektor Heiniger hat sie im Kantonsrat mit Unterstützung der SP durchgepeitscht.

(az) Im August 2016 veröffentlichte die PWC (PriceWaterhouseCoopers - eine international berühmte-berühmte Firma für Unternehmensberatung) einen Bericht zum Gesundheitswesen unter dem Titel «Ambulant vor stationär - oder wie sich eine Milliarde Franken jährlich einsparen lässt». Der Titel versucht nicht die eindeutige Absicht der Studie zu verheimlichen. Ein weiteres interessantes Detail fällt auf: Die Arbeit wurde unterstützt von Swiss Medical Network, früher bekannt unter dem Namen Genolier, der neben der Hirslandengruppe wichtigsten Schweizer Privatklinikgruppe.

Über Genolier haben wir 2012 ausführlich berichtet, als die Gruppe das Spital «La Providence» in Neuchâtel kaufen wollte. Einige Angestellte traten in einen langen und entschlossenen Streik, wurden aber schliesslich entlassen und die Klinik aufgekauft. Genolier äusserte auch offen Interesse am Kauf des Kantonsspitals Winterthur, wo ihre Privatisierungspläne vorerst gestoppt wurden.

Doch zurück zur PWC. Die PWC stellt in der bereits erwähnten Studie fest, dass die Einführung der Fallkostenpauschalen zwar wichtige Ziele, wie mehr Wettbewerb und Effizienz erreicht habe, die gewünschte Eindämmung des Kostenwachstums aber «weitgehend ausgeblieben» sei. Diese Studie ist nur eine von vielen, welche von PWC zum Gesundheitswesen durchgeführt wurde. Im Unterschied zu Politik und Spitaldirektionen, die vordergründig immer mit dem Wohle der Bevölkerung und der PatientInnen argumentieren - und die wahren Absichten von Privatisierung und Profitoptimierung damit hinter blumigen Worten verbergen - nimmt die PWC kein Blatt vor den Mund. So leistet sie der Politik Schützenhilfe auf dem Weg zur Privatisierung des Gesundheitswesens.

Die Schweizer Spitallandschaft ist angeschlagen

Die Einführung der Fallkostenpauschale 2012 zeigt Wirkung. Das freut die PWC, bedeutet es doch für Angestellte und PatientInnen eine Verschlechterung der Arbeits- bzw. Betreuungssituation. Der steigende Wettbewerb unter den Spitälern hat dazu geführt, dass 2014 rund ein Viertel der Spitäler defizitär wurde, während es 2013 erst gut ein Zehntel war. Wenn ein Spital defizitär ist, kommt von der Politik sofort der Vorwurf von Misswirtschaft (aktuelles Beispiel ist das Stadtspital Triemli, vergleiche Artikel «Triemli im Fokus der Privatisierung»). Doch diese Argumentation greift zu kurz, denn das Defizit eines Teils der Spitäler ist im System der Fallkostenpauschale angelegt.

Um zu verstehen, müssen wir kurz ausholen: Mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes 2012 wurde die Tagespauschale im stationären Bereich durch eine Fallkostenpauschale ersetzt. Das bedeutet, dass nicht die effektive Leistung des Spitals bezahlt wird, sondern eine durchschnittliche Pauschale pro Krankheitsfall. Das ermöglicht es dem Spital, Profit zu erwirtschaften - oder eben auch Verluste. Zusätzlich wurden mit diesem Gesetz die öffentlichen Spitäler den privaten gleichgestellt. Neu bezahlen die Kantone beiden 55% der Kosten (die Krankenkassen zahlen die restlichen 45%), während die privaten Spitäler früher nicht durch die Kantone mitfinanziert wurden. Die einzelne Fallkostenpauschale pro Krankheit wird immer wieder neu berechnet und zwar anhand der Durchschnittskosten aller Spitäler. Es kann also gar nicht anders sein, als dass einige Spitäler effektiv höhere Kosten haben, als die Pauschale vergütet, das ist in dieser Berechnungsmethode zwingend. Und weil sich alle Spitäler darum bemühen, die Kosten tief zu halten (um kein Defizit zu produzieren) sinken die Durchschnittskosten laufend. So funktioniert der Teufelskreis des sogenannten «gesunden Wettbewerbs».

«Kliniken werden verschwinden»

Darin sieht die PWC kein Problem, vielmehr fördert sie das. Und sie hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, den Spitälern zu raten, Kürzungen durchzusetzen, um in diesem brutalen Überlebenskampf zu bestehen. Gemäss PWC müssen die Akutspitäler in Zukunft weitere Ergebnisverbesserungen erzielen - sei es über steigende Erträge (z.B. Fallzahlen erhöhen und unnötig operieren), tiefere Aufwände (Sparen beim Personal) oder über Investitionen, welche ihre Effizienz erhöhen (Arbeitsintensivierung). Für defizitäre Spitäler sieht die PWC grundsätzlich drei Möglichkeiten: «Änderung der strategischen Ausrichtung; Verkauf an ein erfolgreiches



Drehtürspital? Lukrativer fürs Spital, gefährlich für PatientInnen und mühsam fürs Personal

Spital beziehungsweise einen Spitalbetreiber; oder im Extremfall die Schliessung.» Trotz der kostspieligen Beratung geht die PWC von einer «Konsolidierung des Schweizer Spitalmarktes aus», das heisst im Klartext: «Kliniken werden verschwinden!». Und weiter schreibt sie: «Langfristig bieten Privatisierungen die Chance, den Wettbewerb zu erhöhen und damit den Druck zur Wirtschaftlichkeit auf die Spitäler zu erhöhen.» So einfach, so brutal. Begriffe wie PatientInnen, Bevölkerung, Arbeitsbedingungen kommen in den seitenlangen Berichten und Statistiken nicht vor, denn diese interessieren die PWC nicht.

Die PWC, Heinigers enge Beraterin

Jetzt könnte gesagt werden, dass das alles nicht erstaunlich ist. Man könnte fragen, warum wir uns über ein Unternehmen, das für seine Schweinereien bekannt ist, empören. Die Frage ist berechtigt, doch übersieht sie, dass jetzt der Moment ist, um um das Gesundheitswesen zu kämpfen. Dieses ist bis heute zu einem grossen Teil öffentlich und noch nicht marktförmig. Die von politischer Seite forcierte Umstrukturierung will das ändern. Denn schliesslich ist in Zeiten der Krise der Gesundheitsmarkt einer der wenigen sicheren Wachstumsmärkte, auf dem das Kapital investieren können will und die Regierung will das ermöglichen. Dazu dienen ihr die besagten PWC-Studien direkt als Grundlage. Im August 2016 erschien die Studie «Ambulant vor stationär», in welcher die PWC dreizehn Operations-Arten «mit ambulantem Potential» heraushob. Nur zwei Monate später schlug Gesundheitsdirektor Heiniger exakt das vor, was PWC nahelegte, ab 2018 sollen diese 13 Operationen nur noch ambulant durchgeführt werden dürfen - von allen Spitälern im Kanton Zürich. Der Kantonsrat hat den Vorschlag ohne grossen Widerstand mit 153/19 Stimmen durchgewinkt, auch die SP war dafür. Diese Entwicklung ist nicht nur in Zürich zu sehen, Luzern hat eine ähnliche Regelung soeben eingeführt, verschiedene Kantone planen die Einführung und der Bund will bis 2019 eine nationale Lösung zu dieser «Frage».

Unsoziale Sparmassnahme

Bei den dreizehn Operations-Arten, die nur noch ambulant durchgeführt werden sollen, d.h. dass die PatientInnen nach der OP sofort nach Hause geschickt werden, handelt es sich unter anderem um: Krampfader, Leistenbruch, Hämorrhoiden, Grauer Star, Mandelentzündung, Kniearthroskopien oder um Eingriffe am Gebärmutterhals. Jährlich sind rund 4000 Eingriffe im Kanton Zürich von dieser Regelung betroffen. Das Entgelt dieser Operationen ist sehr unterschiedlich, je nachdem ob ambulant oder stationär operiert wird. Zum Verständnis ein Beispiel: Im stationären Setting würde ein Spital bei Entfernung von Krampfadern 7400 Fr. verdienen (wenn es sich um eineN privatversicherteN PatientIn handelt sogar 17400 Fr.), ambulant gibt es nur noch 2600 Fr. Das Interesse des Kantons ist ersichtlich: Bei allen stationären Spitalkosten bezahlt der Kanton 55% und die Krankenversicherung 45%, während die ambulanten Kosten von der Krankenversicherung und von den PatientInnen direkt bezahlt werden. Damit werden die Kosten umgelagert, weg von den steuerfinanzierten Kantonsbeiträgen hin zu den unso-

lidarischen Kopfprämien, was sich für PatientInnen kostensteigernd auswirken wird. Denn eines ist sicher: Werden die Krankenkassen durch diese Reform stärker zur Kasse gebeten, werden sie diese Mehrkosten direkt in Form von Prämienhöhung an die arbeitende Bevölkerung weitergeben.

Medizinisch sinnlos und gefährlich

Doch eigentlich geht's ja um Medizin, was vor lauter Zahlen und Kosten fast vergessen geht. Aus dieser Sicht ist die Reform für PatientInnen unnützlich, gefährlich und bedeutet Arbeitsintensivierung und höhere Administration fürs Personal. Ein Teil dieser Operationen wird schon jetzt ambulant durchgeführt, das ist an sich gut und medizinisch vertretbar. Denn schon heute darf einE PatientIn am Operationstag nach Hause, vorausgesetzt dieseR wünscht es so und der gesundheitliche Zustand lässt es zu. Wenn dem aber nicht so ist, wenn beispielsweise die Schmerzen zu stark sind, dann konnte die frisch operierte Person bis 2018 über Nacht im Spital bleiben. Jetzt müssen sich die ÄrztInnen schriftlich rechtfertigen und mit Ausnahmekriterien aus einer bestehenden Liste argumentieren, wenn sie ihre PatientInnen über Nacht behalten wollen. Ein Mehraufwand, der keinerlei Vorteil für die PatientInnen hat, selbstredend auch nicht fürs Personal.

Pikantes Detail: ein Ausnahmekriterium ist beispielsweise «Fehlende Versorgungsmöglichkeit durch Person in den ersten 24 Stunden». Da landen wir bei der Frage der Reproduktionsarbeit, denn ein Abbau der öffentlichen Gesundheitsversorgung geschieht einerseits auf dem Rücken des Personals und der PatientInnen, aber andererseits bedeutet er immer auch eine Verlagerung der Betreuung in den unbezahlten Bereich, die dann mehrheitlich von den Frauen übernommen wird. Diese «Person» mit «fehlender Versorgung» ist wohl in der Realität selbst eine Frau.

Auf dem Weg zum Drehtür-Spital?

Bei einigen dieser Operationen bleiben die PatientInnen heute noch mehrheitlich über Nacht im Spital, zur Überwachung und Schmerzlinderung. Wegen den neuen kantonalen Vorgaben versuchen sich die Spitäler vorzubereiten, um die Änderungen durchzusetzen. Denn wer PatientInnen seit Januar 2018 stationär behält, ohne dass Ausnahmekriterien erfüllt sind, zahlt drauf. So werden die Mitarbeitenden geschult, Prozesse beschleunigt, und Schmerzmedikamente schon vor der Operation abgegeben. Die Devise der Spitaldirektionen lautet: «Die Patientin muss das Spital nach der Operation verlassen, bevor die Schmerzen einsetzen.» So einfach, so brutal. Natürlich wird den PatientInnen auch gesagt, sie sollen sich jederzeit wieder melden, wenn etwas nicht gut ist. Und das wird vermehrt passieren, wenn verunsicherte PatientInnen zu Hause sind und schwer einschätzen können, ob ihre Schmerzen «normal» sind. Und so werden sich einige PatientInnen auf den Notfall begeben um anschliessend stationär aufgenommen zu werden. Wenn das so läuft, hat das Spital danach finanziell kein Problem, weil ein neuer Fall eröffnet wird. Das ist absurd und sinnlos, dazu noch umständlich für die PatientInnen wie auch mühsam für Angestellte, die nun durch faktisch zwei Fälle deutlich mehr administrative Arbeit haben.

Stadt Zürich: Triemli im Fokus der PrivatisiererInnen

STADTSPITAL Regelmässigen LeserInnen des aufbaus ist das Prozedere bekannt. „Auslagerungen“ sind erste Schritte zu Privatisierungen. SP-Stadträtin Claudia Nielsen will nun vorwärts machen: Im Stadtspital Triemli wurde ein ehemaliger KPMG-Berater mit der Aufgabe betraut.

(az) Schon mehrmals haben wir über Auslagerungen als erste Schritte zur Privatisierung berichtet, zuletzt in der Aufbaunummer 89 und im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über das Kantonsspital Winterthur. Diese Abstimmung wurde abgelehnt, der Privatisierungshunger wurde dadurch natürlich nicht gestillt, im Gegenteil. Argumentiert wurde in Winterthur mit einem plötzlich steigenden Kostendruck, ebenso wenige Monate später beim Stadtzürcher Triemlispital. Was steckt dahinter?

Wird ein Spital ausgelagert, so ist dies zunächst ein reichlich unspektakulärer Prozess mit wenig Potenzial für rote Köpfe und kampfbereite Angestellte: Das Spital wird von einer städtischen Dienstabteilung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt, es wird also primär einmal zu einem Fall für die JuristInnen. Das bedeutet aber, dass rentable und weniger rentablen Bereichen separiert werden. Es wird überall „optimiert“,

das heisst der Kostendruck steigt allgemein an. Dadurch verändert sich schleichend die Betriebskultur zu Ungunsten des Personals und der PatientInnen.

Allerdings gilt auch das Personalreglement bei einer Auslagerung nicht mehr. Die Anstellungsbedingungen des Personals verschlechtern sich tendenziell, nur wird das oft (zu) spät bemerkt, oder das Personal hat im Arbeitsalltag mit Stress und schlechten Arbeitsbedingungen unmittelbare Sorgen als jene eines drohenden Privatisierungsszenarios. So auch im Triemli: Wenn die Leute immer prekärer angestellt werden und häufig auch kurzfristig einspringen sollen, dann erscheint auch der gegenwärtige Status einer öffentlichen Dienstabteilung nicht gerade als Allerheilmittel gegen Stress und miesen Lohn.

Nielsen freut sich, die NZZ jubiliert

Im Herbst 2017 hat das Triemlispital mit Andre Zemp nun einen neuen Direktor erhalten. Andre Zemp ist ein ehemaliger KPMG-Berater und als solcher mitwirkend an der städtischen Spitalerstrategie. Er ist aber auch aus einem anderen Zusammenhang ein alter Bekannter. Zemp war der designierte Spitaldirektor des Kantonsspitals Winterthur, welches dann bekanntlich nicht in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Claudia Nielsen sprach von einer „glücklichen Fügung“, dass Zemp sich des Amtes im Triemli annehmen konnte. Und die NZZ jubilierte am 24. August 2017:

«Zemp hat in der Gesundheitsbranche den Ruf eines kompetenten Machers. In Fachbeiträgen betont er, dass man ein Spital als Unternehmen betrachten müsse, er spricht jeweils von schlanken Strukturen, von Leistungsfokussierung, aber auch von Kooperationen. Es ist unbestritten, dass er viel davon versteht, wie man ein Spital ökonomisch wieder auf die richtige Bahn bringt. Die Frage ist, ob er im Triemli auch den nötigen Gestaltungsspielraum haben wird. Triemli und Waid werden als Dienstabteilungen der Stadt geführt und sind deshalb den zähen politischen Prozessen unterworfen. Noch hat sich der Stadtrat nicht dazu durchgerungen, eine Verselbständigung der beiden Häuser in die Wege zu leiten. Nielsen sagt aber: «Ich bin bekanntermassen überzeugt davon, dass die Stadtspitäler mehr Handlungsspielraum brauchen.»

Fallkostenpauschalen trimmen Spitäler auf ökonomische Sachzwänge

Hintergrund der Ökonomisierung des Gesundheitswesens ist, dass InvestorInnen diesen Lebensbereich vor geraumer Zeit und im Zuge der wirtschaftlichen Krise als neues Eldorado für sich entdeckten. Dies wirkt wie eine Art kapitalistischer Landnahme in den Gesundheitsbereich. 2012 wurden in der Schweiz die Tagespauschalen im stationären Bereich durch Fallkostenpauschalen ersetzt. Und damit wurden Tatsachen geschaffen, so dass heute die Auslagerung des Triemlispitals als Sachzwang erscheint (vergleiche Artikel nebenan). Speziell im Triemli ist zusätzlich der enorm teure Umbau zu betonen, der heute als Argument zum Sparen ins Feld geführt wird.

Kämpfen ist möglich und dringend nötig

Auslagerungen haben also mit der Bestrebung zu tun, Geld aus den Spitälern zu pressen. Dies geschieht gleichzeitig zu Lasten des Personals und der PatientInnen, also zu Lasten von Personengruppen mit nicht immer zwingend deckungsgleichen Interessen. Anders als bei einem Industrie- oder Baustreik stellen sich darum in Betriebskämpfen des Gesundheits- oder Sozialwesens immer auch gleich moralische und gesellschaftspolitische Fragen.

Arbeitskämpfe in Spitälern haben erfahrungsgemäss Chancen auf grosse gesellschaftliche Akzeptanz und grosse Solidarität in der Bevölkerung. Denn vom Gesundheitswesen sind tendenziell alle Menschen früher oder später abhängig; gute und bezahlbare Pflege gilt als allgemeines Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens eröffnet ein Feld, um für die eigene Würde, die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. In drei Jahren soll das Triemli ausgelagert sein. Zeit genug also, die Säbel zu wetzen – ob als Angestellte oder (potentielle) PatientInnen.



Zürich bleibt öffentlich - Strassentheater gegen Privatisierung, 2014

Fortsetzung von Seite 10

Natürlich muss das nicht immer so laufen, aber zum Teil wird es so sein. Als Gipfel der Absurdität wird genau dieser Ablauf als Beispiel für eine gute Medizin in die Statistik eingehen: Das Spital, welches am Operationstag PatientInnen entlässt und sie am gleichen Tag wieder aufnimmt, arbeitet weniger defizitär als dasjenige Spital, welches direkt entscheidet, ob der Aufenthalt über Nacht notwendig ist. Letzteres wäre aber medizinisch betrachtet die gute und professionelle Variante.

Es geht nicht um Kosten sondern um Profit

In der aufbau Nr. 76 haben wir anlässlich der Privatisierungsversuche beim Kantonsspital Winterthur den Blick auf die sogenannte «produktive Umgestaltung des Gesundheitswesens» gelegt und dargelegt, wie das Kapital versucht in den Spitalmarkt zu drängen; unter anderem auch darum, weil es aktuell einer der attraktivsten Märkte ist. Natürlich ist das Kapital schon lange im Gesundheitswesen dabei, so beim sogenannten medizinisch-industriellen Komplex (Pharmaindustrien usw.) und den Krankenkassen. Dass nun aber die Spitäler ins Fadenkreuz geraten, ist eher neu und hat sich durch die Einführung der Fallkostenpauschalen verschärft. Die aktuelle Reform sehen wir in diesem Kontext: Der Kanton spart, die Spitäler werden defizitär und dann kommen Private und kaufen zu Schnäppchenpreisen die maroden Spitäler. Das tönt zynisch, doch ein Blick nach Deutschland zeigt, dass dort oft genau dieses Szenario eingetreten ist. Einmal von Privaten gekauft, werden die rentablen Bereiche ausgebaut und die anderen abgestossen. Auch dazu gibt es leider üble Beispiele. Es wird immer mit «Kostenexplosion» argumentiert und damit kann politisch auch so manche unpopuläre Massnahme durchgeboxt werden. Doch wenn es um die Kosten geht, ist Privatisierung so ziemlich die blödeste Idee. So ist das Gesundheitswesen der USA gleichzeitig mit Abstand sowohl am stärksten privatisiert als auch am teuersten. Es geht den Damen und Herren von Politik, PWC und Genolier wohl eher

darum, dass die Kosten möglichst in Form von Profit an Private fliessen. Bezahlen soll die Bevölkerung. Und ob dann gute oder schlechte Medizin gemacht wird, ist in deren Szenario sekundär.

Diese Entwicklung darf nicht weitergehen, das Gesundheitswesen muss öffentlich bleiben. Denn Gesundheit ist nicht ein Konsumgut, bei dem wir entscheiden können «Mh, will ich das kaufen oder nicht?». Nein, Gesundheit ist ein Recht und eine erkämpfte Errungenschaft, die wir uns leisten und zwar für alle!



LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

Revolutionäre Solidarität mit den Kämpferinnen aus Rojava, Rakka, Afrin und Shengal – auch am 8. März 2018

Die kurdisch geführten Einheiten (YPG/YPJ) der SDF (Demokratischen Kräfte Syriens) spielten beim Sieg gegen das sog. Kalifat der Daesh eine grosse Rolle. Nun müssen sie sich gegen die Türkei und die verbliebenen Daesh zur Wehr setzen, um ihr revolutionäres Projekt zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

Die Frauen der YPJ haben in Rojava an vorderster Front mitgekämpft und damit auch begonnen, für ihre eigene Befreiung zu kämpfen und der Gesellschaft eine neue Vision der Frau aufzuzeigen. Auch die jesidischen Frauen haben ihr eigenes Battalion YJS gegründet, um in Shengal gleiches zu bewirken. Zum Internationalen Frauentag wollen wir in einer Kampagne von Frauen für Frauen, Celox-Verbände zu diesen Fraueneinheiten in die Berge Shengals und nach Rakka, Minbish oder Afrin schicken, um unserer Solidarität einen politischen und materiellen Ausdruck zu verleihen. Celox-Verbände stoppen Blutungen schnell und effizient und retten damit Leben.

Unterstützt die Kampagne mit einem Überweisung auf das Konto der Roten Hilfe Schweiz: CH82 0900 0000 8555 9939 2 / Verwendungszweck: „Celox for women“, oder über Paypal

Sexismus in der IT-Branche

DIGITALISIERUNG Die Veränderungen von Strukturierung und Organisierung von Arbeit sind ein hochbrisantes Thema. Welche Rolle spielt das Geschlecht in diesen Transformationsprozessen?

(agj) Praktisch jede grosse Firma der IT-Branche hatte in den vergangenen Jahren ihren Sexismus-Skandal. Egal ob Uber, Facebook oder Apple: Ihr gegen aussen gepflegtes Bild von Pluralismus und Egalitarismus kontrastierte scharf mit den internen Meldungen, die nach aussen drangen. So etwa im Sommer 2017, als ein internes Manifest eines Google-Mitarbeiters öffentlich wurde. Es trieft nur so vor Sexismus, Rassismus und Homophobie. Ähnlich verhält es sich mit Meldungen, die aus der Game-Branche kommen, in denen immer wieder die Rede von sexistischen Scherzen und Übergriffen ist. Solche Berichte vermitteln den Eindruck, dass es in Sachen Sexismus in IT-Firmen schlimmer aussieht als andersorts. Gibt es in einer Branche, in der die Arbeitsplätze zu 90 Prozent von Männern besetzt sind, spezifische Bedingungen?

Krieg und IT

Leider ist Sexismus am Arbeitsplatz ein viel zu alltägliches Phänomen, welches in dieser Gesellschaft tief verankert scheint. Aber anders als in vielen anderen Arbeitsfeldern, in denen das Geschlechterverhältnis ausgeglichener ist, kann in diesem Fall von einem Kräfteverhältnis mit klarer männlicher Dominanz ausgegangen werden. Und es spielt für das Klima am Arbeitsplatz sehr wohl eine Rolle, ob man eine Frau neben dutzenden Männern ist, oder eben nicht (was aber wiederum nicht heissen soll, dass sich der Frauenkampf auf die Forderung nach Geschlechterquoten zu beschränken hat).

Diese Verhältnisse kommen nicht von ungefähr, sondern haben ihre Wurzeln in historischen Prozessen. Die Entwicklung der Informatik ist beispielsweise eng mit der Geschichte des Militärs und dem militärisch-industriellen Komplex im Allgemeinen verknüpft. Der Zweite Weltkrieg war ein enormer Treiber der Innovation, denn hochkomplexe Forschung war gefragt, um die Abwurfbahnen von Bomben sowie deren Wirkung zu berechnen oder um die Verschlüsselung feindlicher Kräfte zu knacken. Der Krieg und der technologische Fortschritt waren (und sind) eng umschlungen, es gab eine rasante Entwicklung der Computertechnologien und viele WissenschaftlerInnen wurden in dieser Zeit ausgebildet.

Deren Arbeit setzte sich nach Ende des Krieges fort. Nach wie vor war es so, dass in erster Linie Staaten in der Lage waren, die riesigen Grossrechneranlagen überhaupt zu konstruieren und zu betreiben (ganz im Gegensatz zu heute). Damit blieb die Anbindung der Informatik an Staaten und an das Militär bestehen. Man kann sich denken, dass diese selbstverständlich nicht selbstlos handelten, sondern handfeste Interessen in der

Forschung verwirklicht sehen wollten. Entsprechend wurde sowohl die entwickelte Technologie geprägt, wie auch das Klima, in welchem entwickelt wurde.

Heute ist diese Abhängigkeit gelockert, aber weiterhin nicht zu unterschätzen. Es ist immer noch so, dass Milliarden aus den Rüstungsprogrammen in die Forschung fliessen. Man denke beispielsweise an die Drohnen, welche an der ETH in Zürich entwickelt werden. Oder an In-Q-Tel, die Venture Capital Firma des US Auslandsgeheimdienst CIA, welche jedes Jahr riesige Beträge in Firmen steckt, deren Arbeit sie interessiert. Deren Portfolio ist online offen einsehbar und umfasst beispielsweise Investitionen in Firmen, die an schnelleren DNA-Auswertungen, der automatisierten Analyse von aufgezeichneten Gesprächen oder besseren Trackingverfahren via GPS forschen.

Die Naturwissenschaften den Männern

Ein Ursprung der heutigen männlichen Dominanz in der IT ist also mitunter wohl in der Verzahnung mit der Forschung für den Krieg zu suchen, die von einem Männerbund à la Militär forciert wurde. Dazu kommt das allgemeine Problem, dass die Naturwissenschaften



In den 50ern, bevor das Prestige stieg, war Programmieren eine Tätigkeit für Sekretärinnen.

und die Technik oftmals allgemein als eine männliche Domäne betrachtet werden, in der Frauen deplatziert sind. Die spezifische Geschichte der Computertechnologien verbindet sich also mit der allgemeinen Geschichte der Naturwissenschaften und fertig ist ein patriarchales Gemisch.

Das ist ein Problem, denn die Technik spielt eine starke Rolle in der gesamtgesellschaftlichen Arbeits- und Machtverteilung. Man könnte sagen, wer über die Gestalt der Technik entscheiden kann, kann auch über Arbeits- und Machtverteilung entscheiden. Berufe in der Technik und in deren Entwicklung sind somit auch zentrale Orte der Konstruktion und Rekonstruktion von Geschlechterungleichheiten. Technisches Wissen stellt eine Machtquelle dar, sei es einerseits der Herrschenden über das Proletariat, aber auch von Männern über Frauen.

Oftmals wird dieser Charakter der Technik hinter einem Image der Objektivität und Neutralität verschleiert. Denn die Technik macht unser Leben einfacher, indem verschiedenste Probleme für uns gelöst werden. Kaum jemand wird darüber klagen, dass Kühlschränke entwickelt wurden, um die Haltbarkeit von Lebensmitteln zu verlängern. Wenige sehnen sich nach vergangenen Tagen, als die Milch im Sommer schnell sauer wurde. Doch es ist wichtig sich zu erinnern, dass es aus einer materialistischen Geschichtsauffassung klar ist, dass der Fortschritt nicht einfach zufällig aufgrund von genialen Einfällen vorangeht, sondern konkret mit den materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen dieser Zeit verbunden ist.

Diversität als Profitgarant

Es ist nicht so, dass die Umstände in der IT-Branche keine Aufmerksamkeit erhalten würden. Viele Frauen wehren sich und schweigen nicht. Doch es ist wiederum erhellend, aus welcher Ecke dann jeweils der Ruf nach mehr Diversität erfolgt und an welchem Punkt die Frage der Gleichstellung dann an ihre Grenze stösst. Gillian Tanis, Frau und CEO von booking.com, schreibt auf der Homepage des World Economic

Forum anlässlich der Veröffentlichung ihres Berichts zum «Gender Gap», dass mehr Diversität gefragt sei, weil damit ein höherer Profit erzielt werden könne. Anderorts heisst es auf der Homepage des Forums, dass «Fähigkeiten, die Frauen mitbringen, und früher 'soft skills' genannt wurden, heute als profitabel und wichtig anerkannt sind.» Wenn es also um den Profit geht und dieser dadurch gefährdet ist, dass Frauen fehlen, dann dürfen diese sehr gerne mitmachen. Die offene Diskriminierung der Frauen hört dort auf, wo die Profitsorgen des Kapitals beginnen.

Eine längere Version dieses Artikels wird online erscheinen.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

Zürich: Angriff auf französisches Konsulat

SMASH WEF!

Angriff auf Französisches Konsulat in Zürich

Wir haben in der Nacht auf den 25.01.2018 das Französische Konsulat in Zürich mit Farbe angegriffen.

Der Farbanschlag reiht sich in eine Reihe militanter Angriffe rund um das WEF ein. So wurde zum Beispiel vor einigen Tagen bereits das Zürcher US-Konsulat Ziel eines Anschlags. Trumps US-Regierung anzugreifen wo immer sich die Möglichkeit dazu bietet ist sicher richtig. Im ganzen Medienrummel um ihn und seine AirForce One kamen andere WEF-TeilnehmerInnen aber etwas zu kurz. Ein Umstand, welchem wir hier mit dem Herausgreifen Emanuel Macron's begegnen wollen.

Wie kaum ein anderer versteht es Macron im Windschatten der globalen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Verwerfungen die Macht-Position seiner selbst und vorallem jene seiner Kapital-Fraktion, des französischen Imperialismus, zu stärken.

Da ist zuerst jene Verwerfung, welche ihn vergangenes Jahr in den Elysee-Palast geschwemmt hat: Die desolate ökonomische Aussicht grosser Teile der Volksmassen, die offenkundige Perspektivlosigkeit der beiden grossen Parteien verbunden mit zahlreichen Korruptionsskandalen waren die Hauptzutaten zu einer Herrschaftskrise, welche als «Ausweg» bloss die Wahl zwischen dem protofaschistischen FrontNational und dem

marktradikalen Macron liess. Indem es letzterem gelungen ist, sich als vernunftorientierte Kraft der nationalen Erneuerung zu stilisieren, schaffte er es ins Präsidentenamt. Ab Tag eins ist seither klar geworden, wessen Erneuerung der ehemalige Banker anstrebt: Jene der frei sprudelnden Profite.

Dann ist da die Verwerfung innerhalb der EU-Führungsetagen. Die längst chronisch gewordene sogenannte Schuldenkrise, das unverhohlenen dominant auftretende deutsche Kapital, die sich stetig vertiefenden Widersprüche zwischen den verschiedenen Ländern und damit einhergehend die Infragestellung der EU von einzelnen Kapitalfraktionen: In einer zerbröckelnden EU, schafft es Macron - mit gnädiger Hilfe von Brexit und der Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie sich auf eine Regierung zu einigen - Frankreich wieder zu einer die EU mitgestaltenden Position zu führen. Für die französische Bourgeoisie, welche jahrelang zuschauen musste, wie ihre Felle nach Deutschland und London davontreiben.

Und schliesslich ist da jene Verwerfung auf globalem Niveau, welche ihren Ausdruck unter anderem in zahlreichen, dem Imperialismus ausser Kontrolle geratenen (Bürger-)Kriegen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika findet. Vor dem Hintergrund Trumpscher Strategielosigkeit und einer NATO, die aufgrund der Widersprüche ihrer konkurrierenden Mitglieder tatsächlich zunehmend obsolet wird, gelingt es Macron mit dem französischen Imperialismus in die Presche zu springen (wobei er nicht nur in diesem Punkt voll auf die von seinem sozialdemokratischen Vorgänger geleistete Arbeit abstützen kann). Einerseits als Motor der Bildung einer

EU-Armee, andererseits immer öfter auch sich seiner militärischen Tradition als ehemalige Kolonialmacht entsinnend, ist das französische Kapital dabei, sich wieder aktiver um ein Stück des immer umkämpfter werdenden Kuchens zu streiten.

All diese Träume des französischen Bürgertums und seines neuen Lieblings Macron sind aber bloss die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist der Widerstand der Volksmassen gegen Macrons Frontalangriff und die Verhältnisse, die er mit ihm über die Runden retten will. Auf dieser Seite stehen die ArbeiterInnen und StudentInnen, welche auf der Strasse die gewerkschaftlichen Errungenschaften ihrer Klasse verteidigen, die Migrantinnen und Migranten, welche sich in den Banlieus gegen Rassismus und Polizeigewalt organisieren, die Frauen, die gegen Sexismus und die Arroganz der Macht protestieren und viele Bewegungen mehr. Auf diese Seite wollen auch wir uns stellen, indem wir ein klein wenig jene Ruhe durchbrechen, welche der französischen Präsident und seinen KollegInnen aus Staat und Kapital an der Schweiz und am WEF so schätzen.

Zürich, Davos, Paris - Klasse gegen Klasse!

Hoch die internationale Solidarität!

SMASH WEF!

Nochmals alles zum WEF 2018 nachlesen? www.aufbau.org

Pan, trabajo, techo

**LANDWIRTSCHAFT Brot, Arbeit, Dach:
Land wird besetzt, um es zu bewirtschaften.**

(agj) In Andalusien im Süden Spaniens scheint meistens die Sonne. Tagsüber ist die Temperatur im Winter mild und angenehm. Eigentlich ist die Region also durchaus geeignet für die landwirtschaftliche Produktion. Die Trockenheit ist aber eine grosse Herausforderung. Die Region um Almeria, im Südosten Andalusiens, ist - mit dem sogenannten Plastikmeer - bekannt für die intensive Landwirtschaft. Auf zehntausenden von Hektaren stehen Gewächshäuser aus Plastikfolien, in welchen für das nördlichere Europa Gemüse produziert werden. Für die Bewässerung der Gemüsekulturen werden Flüsse umgeleitet und immer tiefere Brunnen gebohrt, natürlich mit ökologischen Folgen. Ungeheuerlich ist auch die Ausbeutung der (Wander-)ArbeiterInnen mit teilweise sklavereiähnlichen Bedingungen. Regelmässig wird darüber berichtet, hier soll es aber nicht darum gehen.

Nicht nur die Region um Almeria ist landwirtschaftlich geprägt. In ganz Andalusien ist die Landwirtschaft ein traditionell wichtiger Wirtschaftssektor. Wo es nicht genügend Wasser gibt, das heisst praktisch: wo nicht bewässert werden kann, müssen trockenheitstolerante Kulturen angebaut werden. Im Landesinnern, fern von den sporadischen Niederschlägen der Küsten, werden deshalb vor allem Oliven für die Olivenölproduktion angebaut. Wir haben in der Nähe von Jaén, mitten im Olivenanbaugebiet, eine Landbesetzung von LandwirtschaftsarbeiterInnen besucht.

Cerro Libertad

Im April 2017 haben Mitglieder des Sindicato Andaluz de Trabajadores/as (SAT; Andalusische ArbeiterInnen-Gewerkschaft) ein seit 6 Jahren unbewirtschaftetes Grundstück besetzt. Auf den 73 Hektaren, welche der spanischen Bank BBVA gehören, gibt es 64 ha Olivenhaine und ein Landhaus. Solche verlassenen Landgüter sind in Andalusien keine Seltenheit. Geschätzt ein Drittel der Güter gehören Banken, die das Land nicht bewirtschaften aber die Landwirtschaftssubventionen einstreichen. Im Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit in Andalusien sind diese Spekulationsobjekte der SAT ein Dorn im Auge. Die BesetzerInnen haben nun ein Gut der Spekulation entwendet und es darum «Cerro Libertad» (dt. Hügel der Freiheit) getauft. An der Einfahrt des Hauses steht auf einem Banner «La tierra a quien la trabaja» (dt. Das Land denen, die es bewirtschaften).

Ihr Hauptanliegen haben die BesetzerInnen gross auf das Haus geschrieben: Brot, Arbeit und ein Dach. Um ihre Forderungen nicht einfach in den Raum zu stellen, damit sie ignoriert oder ins bestehende System integriert werden (Nahrungsmittelhilfen, Arbeitslosengeld), haben sie mit der Besetzung selber dafür gesorgt, die Forderungen zu erfüllen. Am Cerro Libertad können sie selbstverwalten arbeiten und leben. Auf dem Grundstück stehen über 7'500 Olivenbäume. Mit dem Garten und den Nutztieren gibt es Arbeit für mehr als 20 Menschen, in der Ernteperiode für noch viel mehr.

Die SAT sieht die Besetzung am Cerro Libertad aber natürlich nicht als die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme. Der Cerro Libertad soll nur ein Beispiel sein, wie man sich wehren könnte. Die Gewerkschaft will mehr als die traditionellen Aufgaben erfüllen, die den Gewerkschaften zugeschrieben werden: Lohnpolitik und die Verteidigung der Arbeitsrechte. Es wird versucht, eine soziale Bewegung zur Frage der verlassenen Landgüter zu schaffen. Diese soziale Bewegung soll zu



Der Cerro Libertad umgeben von Olivenbäumen.

einer Massenbewegung ausgeweitet werden, indem die Gewerkschaftsmitglieder ihre Familien, Nachbarn und Bekannte miteinbeziehen. Bei der Besetzung waren etwa 200 Personen dabei.

Es gibt weitere Landbesetzungen, die seit längerem bestehen. 2012 hat die SAT in Somonte 400 Hektaren Land besetzt. Noch älter ist das jetzt genossenschaftliche Dorf Marinaleda, das 1979 mit einer Landbesetzung begann. Die SAT organisiert auch grosse Mobilisierungen mit, wie am inoffiziellen andalusischen Nationalfeiertag am 4. Dezember, wo Unabhängigkeit von Spanien und Selbstverwaltung gefordert werden. Der Nationalismus wird dabei mit klassenkämpferischen Parolen kombiniert wie zum Beispiel: «Andaluz o extranjero/ son la misma class' obrero» (dt. Andalusier oder Ausländer/ es ist dieselbe Arbeiterklasse).

Schwierigkeiten einer Landbesetzung

Der Cerro Libertad hat mit diversen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zuerst sind da die alltäglichen Probleme auf einem besetzten Grundstück. Der Stromanschluss steht mittlerweile. Aber die Wasserversorgung ist sehr unregelmässig und Trinkwasser muss an einer Quelle geholt werden, die 20 Minuten mit dem Auto entfernt ist. Dies wird allerdings mit einer andalusischen Gelassenheit und Spontanität hingenommen. Weiterhin fährt die Polizei fast täglich für einen Kontrollgang auf dem Gelände vor. Akut bedroht ist die Besetzung nicht, aber es sind Gerichtsverfahren hängig. Diese juristischen Angriffe belasten die BesetzerInnen und GewerkschafterInnen. Im den letzten Jahren wurden in der SAT Bussen und Gerichtsgebühren von mehreren hunderttausend Euro angesammelt. Nur ein kleiner Teil geht auf den Cerro Libertad zurück, aber die BesetzerInnen müssen teilweise noch Bussen von anderen Besetzungen und Aktionen abzahlen.

Nicht genau zu fassen ist die Bedrohung durch FaschistInnen. Diese sind in der Stadt Jaén ziemlich tief verwurzelt und teilweise mit Politik und Kirche verbandelt. Das Büro und der soziale Treffpunkt der SAT in Jaén wurde vor einem Jahr von Faschisten angegriffen. Klarer sind die staatlich-ideologischen Angriffe.

Der Cerro Libertad ist im Moment zwar noch nicht davon betroffen. In Jodar wurde das besetzte Land in Parzellen aufgeteilt, den Familien und Einzelpersonen für einen tiefen Preis verkauft. Diese Parzellen können dann für ein vielfaches weiterverkauft werden. Diese Aussicht auf einen Gewinn bewegte viele zu einem Parzellenkauf. Dadurch wird der Ansatz von kollektivem Besitz durch die Wiederherstellung von Privateigentum untergraben. Wenn solche Projekte wie der Cerro Libertad ihre starke Propagandawirkung behalten wollen, müssen sie ihr politisches Bewusstsein erhalten und verteidigen.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfiler über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfiler.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

MERKE!



Hier haben wir links nochmals aus der gleichen Abteilung Fw. Peter Leuenberger, EA-LO-GE der Stapo Züri. Rechts davon ein Kollege, der in letzter Zeit bei den kurdischen Mobilisierungen auftauchte. Auch er gehört offensichtlich ins Team der sog. Krawallgruppe.



Der Bulle rechts heisst Sasha Lingua und ist Teil der Gruppe EA-LO-GE der Stapo Zürich. Eine bekannte Krawallgruppe, die sich aus spezialisierten Bullen (Fussball und Politisch) und Staatsanwälten zusammensetzt.

Klassenkampf versus Kulturkampf

RASSISMUS Es ist wieder da: Das Abendland und dessen Werte, die es gegen die rückständige Kultur aus dem Osten zu verteidigen gilt. Die Überzeugung, dass fortschrittliches Denken nicht an das Abendland gebunden ist und mit den der Gesellschaft zugrunde liegenden materiellen Verhältnissen in Wechselwirkung steht, ergibt sich aus einem materialistischen Kulturverständnis.

(fk) Rassistisches Denken kam nach der so genannten «Flüchtlingskrise» längst nicht nur in der Form von Pegida an die Oberfläche, sondern füllte auch bürgerliche Zeitungen: «Abendland gleich Aufklärung», «Orient gleich Bedrohung» lauten die Gleichungen. Ein solch essentialisierter Kulturbegriff ist nicht nur antidialektisch, sondern ideologische Widerspiegelung des kolonialen und imperialistischen Systems.

Konstruktion des Abendlands

Es wird ein wiedererwecktes Lied gesungen in Europa. Ein Lied das mit einer kolossalen Lobpreisung des Abendlandes und seinen angeblichen Säulen Vernunft, Aufklärung und Freiheit beginnt, dann übergeht in ein sanftes Geriesel, weshalb diese Säulen zur Zeit bedroht sind, und schliesslich mit der Aufforderung endet, aufzustehen, um das Abendland gegen diese Bedrohung zu verteidigen. Es ist ein Lied, welches häufig gesungen wird. Bürgerliche Intellektuelle singen es, PolitikerInnen von links bis rechts in verschiedenen Tonarten. Es wurde montags in Dresden gegrölt und wird sonntags in Kirchen rezitiert, es wird vor Wahlen und Volksabstimmungen in der Flüchtlings- und Migrationsdebatte gespielt, und mitunter stimmt auch Slavoj Žižek in das Lied ein. Die Bedrohung des Abendlandes: Das Morgenland, der Orient, dessen Kultur; deren Träger:

ren, die «Werte der Aufklärung», also das Abendland, als bedroht angesehen. Die Kultur der Immigrierten – imaginiert als jenseits der Aufklärung – wird als starr, unveränderbar und essentiell angesehen. Diese sei dann auch nicht fähig, sich der neuen Gesellschaft anzupassen – vielmehr werde das Abendland durch die Immigration usurpiert. Dieses Kulturverständnis ist nicht einfach nur idealistisch und antidialektisch sondern reaktionär.

Materieller Unterbau

Hegel sah die Weltgeschichte als eine Geschichte von Ideen an, vom «Weltgeist» getragen; eine dialektische Geschichte zwar, aber bestimmend für die materiellen Verhältnisse war immer noch der Geist. In dieser Tradition steht auch das Kulturverständnis der selbst ernannten Abendlandverteidiger: Nicht die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern die Tradition der Ideen sei für die Kultur ausschlaggebend, und damit seien Gesellschaften jenseits einer «aufklärerischen Tradition» zu einer aufgeklärten Kultur nicht fähig.

Marx kehrte dieses Geschichtsbild vom Kopf auf die Füsse, indem er sagte, dass für die geistigen, sprich auch kulturellen Entwicklungen, die materiellen Verhältnisse ausschlaggebend sind. Bürgerliches Bewusstsein – dies ist mit «Aufklärung» gemeint –, ist Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaft. Feudales Bewusstsein, was häufig mit Zwang, Unterwerfung, Patriarchat und Religiosität verbunden werden kann, ist dann eben auch Ausdruck einer feudalen Gesellschaft, oder einer rückschrittlichen materiellen Situation. Kultur ist dabei immer Teil des Überbaus, dem der Unterbau der materiellen Verhältnisse zugrunde liegt. Fortschrittlich(er)es Denken ist Ausdruck einer fortschrittlich(er)en Gesellschaft, wobei mit Fortschritt der relative Fortschritt eines bürgerlich-kapitalistischen Systems zu einem feudal-konservativen gemeint ist.



«The flame towers» in Baku. Das Abendland bringt dem Morgenland Prosperität, Kultur und Frieden.

lichen Kräften – wie er zur Zeit im Nahen und Mittleren Osten der Hauptwiderspruch ist – und zwischen bürgerlichen und sozialistischen Kräften (wobei als Randbemerkung, ein Bündnis zwischen SozialistInnen und progressiv-bürgerlichen Kräften gegen die halb-feudale Herrschaft im Nahen und Mittleren Osten – im Gegensatz zu Europa – eher die Regel als die Ausnahme darstellt).

Kultur gerät in eine Wechselwirkung, eine Dialektik, sobald sie auf andere materielle Verhältnisse trifft; und ob nun die Flüchtenden vor halb-feudalen Strukturen oder den Folgen der imperialistischen Interventionen wie Armut und Krieg emigriert sind, deren Kultur wird mit der Kultur der bürgerlichen Gesellschaft in Wechselwirkung geraten: sich anpassen, sie übernehmen, sie vielleicht auch negieren; im besten Fall beides. Es gibt kein einheitliches «Wesen des Morgenlandes», kein einheitliches «Wesen des Abendlandes». Es gibt – unabhängig von Religion oder Region – verschiedene Klasseninteressen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften, die sich gegenüberstehen und in dieser Widersprüchlichkeit die gesellschaftlichen Verhältnisse vorantreiben und verändern.

Negation der Negation

Die bürgerlichen Feuilletons sehen die bürgerliche Gesellschaftsordnung als Ausgeburt der Vernunft und des Fortschritts; dies ist nicht der Fall. Kann sie zwar für sich beanspruchen, fortschrittlicher als eine feudale Gesellschaft zu sein, so ist sie rückschrittlich im Hinblick auf eine sozialistische Gesellschaft. Es ist die bürgerliche Gesellschaft, welche Kriege wie diejenigen im Irak und Afghanistan zu verantworten hat, es ist die bürgerliche Gesellschaft, welche Rassismus und Nationalismus verursacht, zu Armut, Ausbeutung und Elend führt. Es ist die westliche bürgerliche Gesellschaft, welche durch Kolonialismus und Imperialismus in den Trikontländern eine zudienende, reaktionäre Kompradorenbourgeoisie erzeugt, fortschrittliche Kräfte zurückbindet und eliminiert, sowie den Massen weder Bildung noch Perspektive bietet.

Die bürgerliche Kultur als Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft entspricht nicht den objektiven Interessen der Flüchtenden – selbst wenn noch ein relativer Fortschritt gegenüber der feudalen Kultur besteht. Sie sind es – als Proletariat, welches die unterste soziale Schicht darstellt –, die am meisten unter Rassismus, Ausbeutung und Armut zu leiden haben. Und sie sehen, dass der Westen in seinen Kriegen eigene Interessen verfolgt, dass der bürgerliche Staat die Versprechen, welche er den Flüchtenden gibt, nicht einzulösen vermag. Diese Erfahrung der Flüchtenden kann früher oder später, bewusst oder unbewusst, in eine Negation der bürgerlichen Kultur und deren Werte umschlagen. Eine Negation, welche sich im schlechtesten Fall wieder auf feudale, rückschrittliche Werte besinnt, ist eine Möglichkeit (was genauso für «einheimische» Arbeitende gilt, die anfangen SVP, AfD und Front National zu wählen). Es besteht jedoch auch die Möglichkeit einer bewussten Negation, welche die bürgerliche Gesellschaft im Hinblick auf eine fortschrittlichere, schliesslich auch vernünftige, aufgeklärtere Perspektive negiert: Für eine Gesellschaft, welche ohne Rücksicht auf Herkunft und Geschlecht, den arbeitenden Menschen als Subjekt setzt, für eine Gesellschaft, welche ihren Interessen statt denjenigen des Bürgertums dient.



Das Agassizhorn in den Kantonen Bern und Wallis, benannt nach dem Gletscherforscher und Rassisten Louis Agassiz (1807–1873)

die Flüchtenden.

Die Melodie ist eine alte. Die Konstruktion des Abendlandes in Abgrenzung zum Osten bzw. dem Orient, baute sich in eine religiöse, christliche Identität bis ins erste Viertel des 20. Jahrhunderts auf. Wechselte dann in eine rassische, bevor sie Ende der 50er Jahre ihre heutige kulturelle Form annahm – dazumal in Abwehr gegenüber den sozialistischen Ländern. Immer ging es darum, den westlichen Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus zu verteidigen.

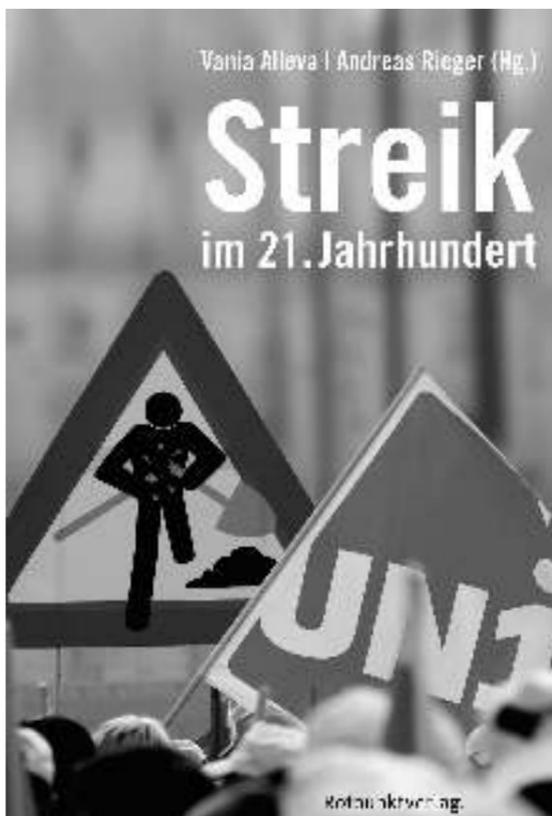
Materieller Überbau

In den bürgerlichen Feuilletons spielen religiöse oder gar rassische Bezugspunkte – von deren Online-Kommentarspalten abgesehen – eine untergeordnete Rolle. Die Dichotomie Abendland/Orient wird über «Werte» wie Aufklärung, Vernunft und Freiheit konstruiert, welchen Zwang, Unterordnung und Religiosität gegenüberstehen sollen. Dies geht aus einem ideologisch-bürgerlichen Kulturverständnis hervor: Das Wesen des Westens wird an der Aufklärung festgemacht, während das Wesen des Ostens deren Abwesenheit sei. Damit werden dann auch, wenn Flüchtende aus dem so genannten Orient in den Westen immigrie-

Schliesslich ist es falsch, Westen mit Fortschritt und Orient mit Rückschritt gleichzusetzen. Im Westen gibt es durchaus nicht-industrialisierte, rückschrittlichere Regionen, während in den Ländern des Nahen Ostens auch ein gesellschaftlicher, ökonomischer Fortschritt im Gang ist, es neben der massgeblichen feudalen Ordnung starke bürgerliche Elemente gibt. Die Grüne Revolution im Iran 2009 sowie der Arabische Frühling 2011 waren Ausdruck der Revolte der fortschrittlichen, urban geprägten Kräfte, welche gegen die konservative, halb-feudale Ordnung aufbegehren. Diese Kräfte haben ein aufklärerisches Denken. Umgekehrt gibt es offensichtlich Kräfte in Europa – und deren nicht zu wenige –, die rückschrittlich, konservativ, reaktionär sind.

Kein Kulturkampf, sondern Klassenkampf

Während bürgerliche Kräfte gern von «Kulturkampf» sprechen, reden wir vom Klassenkampf. Es gibt keinen «Kulturkampf» zwischen Westen und Orient, zwischen einem angeblich «fortschrittlichen» Christentum und angeblich «rückständigen» Islam, sondern einen Klassenkampf zwischen feudalen und bürger-



Vania Alleva und Andreas: Streik im 21. Jahrhundert

Gestreikt wird in der Schweiz (zu) wenig. Und dennoch wird das Buch «Streik im 21. Jahrhundert» mit den Worten der Unia-Präsidentin Vania Alleva eingeleitet, Streik sei in der Schweiz keine Seltenheit mehr. Wir halten «Streik im 21. Jahrhundert» für ein widersprüchliches Buch, was unser Verhältnis als revolutionäre KommunistInnen zur Gewerkschaft ganz gut abbildet.

Klar ist, dass die Gewerkschaft Unia ein eigenes Interesse am Thema hat und sich gerne als kampfkraftige Gewerkschaft präsentiert. Davon, dass gerade diese Gewerkschaft in den letzten Jahren mehr als einen Arbeitskonflikt abgeklemmt hat ist in diesem Buch natürlich nicht die Rede. Und auch Streiks, an denen primär andere Gewerkschaften beteiligt waren, kommen überhaupt nicht zur Sprache, was den Charakter einer reinen Unia-Broschüre unterstreicht. Es brauche die Gewerkschaften, wird am Schluss gesagt, oder «hätten die Arbeitgeber lieber wilde Streiks?». Die Ordnungsfunktion, die die Gewerkschaften verkörpern, kommt also auch nicht zu kurz. Gewerkschaft heisst eben auch dafür zu sorgen, dass der (Arbeits-)Konflikt nicht aus dem Ruder läuft.

Und dennoch: «Streik im 21. Jahrhundert» gewährt einen interessanten Rückblick auf viele wichtige Streiks der letzten sieben Jahre und dabei ist eine interessante Vielfalt zu beobachten. Es wird etwa jener Streik beschrieben, der sich bei der Basler Zentralwäscherei im Jahr 2000 abspielte. Oder aber die Baregg-Blockade der Bauarbeiter im Kampf ums Rentenalter 60. Auch die Officina in Bellinzona kommt zur Sprache; der ganze Kanton Tessin stand damals hinter den Streikenden. Dieser Streik stellte ein wichtiges Vorbild für manche andere Arbeitsniederlegungen im Tessin dar, deren Beteiligte sich immer wieder auch aktiv auf die Officina bezogen.

Ein neueres Phänomen besteht in der erhöhten Streikaktivität der White-Collar-Workers und der Angestellten im Dienstleistungssektor. Das Buch beschreibt dreizehn bedeutsame Streiks und endet mit einer Streikstatistik ab dem Jahre 2000. Insofern lohnt sich die Lektüre, auch wenn der Schein einer erhöhten schweizerischen Streikbereitschaft trägt.

Streik im 21. Jahrhundert, Vania Alleva und Andreas Rieger, Rotpunktverlag, ISBN 978-3-85869-754-7



Marge Piercy: Frau am Abgrund der Zeit

Das Erschaffen von Leben ausserhalb des Körpers ist im feministischen Science Fiction ein seit langem präsent Thema. In den 1970er und 1980er Jahre entstanden zahlreiche Romane, die die Diskussionen rund um die neuen Reproduktionstechnologien in utopische Zukunftsvisionen verarbeiteten. Aber auch schon in Merry Shelly «Frankenstein» (1918) ist die Idee einer Reproduktion ohne Schwangerschaft enthalten. Einer der bekanntesten Romane aus diesem Felde ist Marge Piercy's «Frau am Abgrund der Zeit» (1976). Dieser wurde 2016 in seiner deutschen Übersetzung im Argument Verlag neu aufgelegt und lohnt sich allemal zu lesen; als kreativer und inspirierender Gegenentwurf zur wiederaufkeimenden, reaktionären Ideologie der Kleinfamilie und der kapitalistischen Verwertungsmechanik.

In «Frau am Abgrund der Zeit» steht Consuela, die sich Connie nennt, im Mittelpunkt der Erzählung. Sie ist eine proletarische Latina in den USA, die täglich mit Rassismus und Sexismus konfrontiert ist. Da sie sich wehrt, wird sie schliesslich in eine Psychiatrie abgeschoben. Connie fängt an mit Luciente aus der Zukunft zu kommunizieren. Auf dieser Zukunftsebene wird eine Form des Miteinanders entworfen, die Rassismus, Sexismus und biologischer Determinismus hinter sich lässt. Zum Beispiel werden Embryos in einem Brüter synthetisch hergestellt. Für eine Elternschaft müssen sich mindestens drei Hauptverantwortliche finden, die Erziehung der Kinder liegt aber sowieso mehrheitlich bei der gesamten Gemeinschaft. Allen ist es durch Hormonpräparate möglich zu stillen. Die Geschlechter sind in Mattapoisett, wie der Ort der Zukunft heisst, faktisch aufgelöst, nur der Hauptprotagonistin Connie, aus unserer Welt, fällt es schwer sich von den ihr gewohnten Kategorien zu emanzipieren.

Die spannende und kämpferische Perspektive nimmt der Roman an der Stelle auf, als Luciente Connie in eine parallel Zukunft führt, die alles andere als rosig ist und ihr so klar macht, dass die Zukunft noch nicht entschieden ist und nicht zwangsläufig nach Mattapoisett führt.

„Wir müssen kämpfen, um wirklich zu werden, um wirklich zu bleiben, um die Zukunft zu sein, die sich wirklich ereignet“. Auf die Frage warum ausgerechnet sie ausgewählt wurde um diese Zukunft herbeizuführen, antwortet der Freund aus der Zukunft: „Nicht die Mächtigen machen die Revolution“.

Frau am Abgrund der Zeit, Marge Piercy, Argument Verlag. ISBN: 978-3-88619-915-0



Heike Geißler: Saisonarbeit

Seit fast vier Jahren engagieren sich ArbeiterInnen in den europäischen Verteilzentren von Amazon für bessere Arbeitsbedingungen. Wer wissen will, gegen welche Zwänge dort gekämpft wird, dem sei Heike Geißler 2014 erschienener literarischer Erfahrungsbericht «Saisonarbeit» empfohlen. Geißler, ansonsten freie Schriftstellerin, arbeitet für das Weihnachtsgeschäft temporär bei Amazon – nicht etwa, weil es ihr im Stile eines Günther Wallraffs um eine Enthüllungsgeschichte gehen würde, sondern weil sie von der Schriftstellerei und vom Übersetzen alleine nicht leben kann.

Geißlers Arbeitsalltag ist geprägt durch neue Formen der Fremdbestimmung. Der Computer gibt den Takt vor, mit dem die ArbeiterInnen ankommende Waren zu scannen und anschliessend einzuordnen haben. «Receiven» wird dieser Vorgang genannt, ein Wort das wie die Arbeit selbst bis zur absoluten Abstumpfung immer wieder wiederholt wird. Doch die moderne Technik kann auch mehr: Sie gibt die schnellsten Laufwege vor oder ermöglicht täglich Feedback über die geleistete Arbeit. Dieser firmeninterne Ansporn wird von den meisten Betroffenen als unendlicher Druck empfunden, er dient allerdings durchaus erfolgreich auch der internen Konkurrenz.

Doch Momente der Selbstbestimmung, wie kleine Sabotageaktionen, gehören ebenso zum Arbeitsalltag, wie ein sich bildendes Klassenbewusstsein und die Solidarität unter den ArbeitskollegInnen. Allerdings ist «Saisonarbeit» alles andere als eine lineare Erfolgsgeschichte des Klassenkampfes. Nicht nur die Technik auch die KollegInnen machen der Protagonistin zu schaffen. Spaltungsmomente sind alltäglich – und erfolgreich. Ob als Neuankömmling, die die Teamleistung mindert oder als Frau, die sich gegen Bevormundung und sexistische Sprüche wehren muss, ist der Arbeitsalltag ein ständiger Kampf, dem Geißler meist zynisch begegnet, unter dem sie allerdings mehr und mehr gesundheitlich zu leiden hat.

Wie Geißler in ihrem Ankündigungstext selbst schreibt, ist «Saisonarbeit» ein Text über die Arbeit bei Amazon, bei dem es längst nicht mehr nur um Amazon geht. Es ist eine persönliche, authentische und manchmal selbstironische Auseinandersetzung mit den neusten Arbeitsbedingungen und dem dazugehörigen Leben. Amazon kann dabei als exemplarisches Beispiel verstanden werden, doch letztlich kann es auch durch andere Unternehmen ersetzt werden, «von denen es einige gibt».

Saisonarbeit, Heike Geißler, Spector Books. ISBN: 978-3-944669-66-3

«Die Geschichte nicht bloss studieren, sondern sie schreiben.»

FILMREZENSION Während des Kampfes um Raqqa entstand der Dokumentarfilm «We need to take guns». Darin kommen KämpferInnen verschiedener Organisationen und Strukturen zu Wort, die im Internationalen Freiheitsbataillon (IFB) in Rojava vertreten sind.

(agj) Nach der Befreiung von Kobane im Juli 2014 und der Ausweitung der Kämpfe in Rojava entstand im Oktober 2015 das Militärbündnis der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), welches von den Selbstverteidigungseinheiten der YPG / YPJ angeführt wird. Dieses hat sich zum Ziel gesetzt, mit den vereinten Kräften verschiedenster Kampfverbände weitere Gebiete Syriens endgültig von Daesh zu befreien. Die erste grosse Operation dieses Bündnisses war der Kampf um Manbij. Diese Stadt war neben Raqqa einer der wichtigsten strategischen Punkte für den sogenannten «Islamischen Staat», der in der Region abschätzig Daesh genannt wird. Manbij war Dreh- und Angelpunkt für Truppenverschiebungen des «IS» sowie für den Transport von Munition und Ressourcen aus der Türkei in andere besetzte Gebiete. Nach der geschlagenen Schlacht um diese Stadt folgte der Feldzug nach Raqqa, der Hauptstadt von Daesh.

Hier setzt der Dokumentarfilm von A. Barbara und A. Sofia ein. Umgeben von Wüsten ruckelt die Kamera in einem Pick-Up durch die Landschaft, während im Hintergrund Popsongs aus dem Radio plärren und in der Weite das Lager des Internationalen Freiheitsbataillons (IFB) auftaucht. Es ist ein authentischer und parteiischer Blick auf die Realität in Rojava, bei dem man von Beginn an mitten drin ist und mit den Mitgliedern des IFB, ihren Geschichten und Motivationen, konfrontiert wird.

Das Bataillon

Historisch bezieht sich das IFB auf die Tradition des bewaffneten Internationalismus während des spanischen Bürgerkriegs, als InternationalistInnen nach Spanien strömten, um die republikanische Bewegung im Kampf gegen den Faschismus von Franco zu unterstützen. Die Parallelen zur Situation von Rojava im Kampf gegen die Barbarei von Daesh sind offenkundig. Entsprechend gab es von früh an InternationalistInnen, die nach Rojava reisten, um sich am politischen Projekt zu beteiligen. Während einige sich auf Projekte im zivilen Bereich konzentrierten, gab es immer auch solche, die mit der Waffe in der Hand Rojava verteidigten. Das IFB ist dabei eine von verschiedenen Strukturen, in der sich bewaffnete InternationalistInnen sammeln.

Im IFB haben sich revolutionäre Organisationen zusammengeschlossen, die die Verantwortung für dieses Bataillon tragen und es in Koordination mit den SDF führen. Organisiert ist es in verschiedenen Taburs, das sind kleinere Lager, die jeweils unterschiedliche Funktionen erfüllen. So ist das eingangs erwähnte Lager das Front-Tabur des IFB, von dem aus die Offensive gegen Raqqa gestützt wird, während andere Taburs dazu dienen, die KämpferInnen auf die Kämpfe vorzubereiten, sie auszubilden und politisch zu schulen.

Immer wieder treten KämpferInnen des IFB vor die Kamera. Sie sind allesamt verumumt, wodurch die Einzelpersonen noch stärker als RepräsentantInnen von allgemeinen Ideen und Erfahrungen wirken und Individualismus in den Hintergrund tritt. Es ist keine Geschichte der EinzelkämpferInnen, sondern eine der gemeinsamen und solidarischen Erfahrungen und Perspektiven. So erzählt eine Genossin der MLKP, die für die Fraueneinheit in ihrem Tabur verantwortlich ist, weshalb sie sich dazu entschloss, ihr Geschichtsstudium in der Türkei abzubrechen und stattdessen eine Waffe in die Hand zu nehmen, um gegen den türkischen Staat und Daesh in den Kampf zu ziehen. In dem historischen Moment, der sich mit der Bildung von Rojava im Norden Syriens abspielte, wollte sie nicht zuschauend studieren, was dort geschieht, sondern selber Geschichte machen. Sie zog darum in die kurdischen Berge, um sich dem IFB anzuschliessen.

Neben der Genossin der MLKP sprechen GenossInnen der BÖG (DKP), TIKKO (TKP/ML), der anarchistischen Formation IRPGF sowie andere InternationalistInnen. Der Sprecher der IRPGF spricht viel über die Widersprüchlichkeit der Notwendigkeit der Bewaffnung bei gleichzeitigem Wunsch nach einem Le-

ben in Frieden, im welchem der Kampf mit der Waffe nicht mehr notwendig ist. Er betont, dass der Krieg im Norden Syriens nicht von Rojava gesucht wurde, sondern er in erster Linie eine Folge der Politik der imperialistischen Staaten und der Türkei ist. Gleichzeitig ist es klar, dass es die bewaffnete Verteidigung dieses Projekts braucht, welches in einer Zeit historischer Umbrüche begonnen wurde. Ohne Bewaffnung wäre Rojava längst zerschlagen, das ist eine Gewissheit, die sich mit jedem neuerlichen Angriff gegen Rojava zeigt.

Shahid Namirin

Ein zentraler Strang der Erzählung ist jeweils die Erinnerung an die Shhids, die im Kampf gefallen sind. Ein Genosse der TKP/ML erinnert im Film an Barbara Kistler aus Zürich, die in den Reihen der TIKKO (TKP/ML) kämpfte und im Januar 1993 in den Bergen von Dersim nach einem Gefecht mit der türkischen Armee starb (siehe aufbau Nummer 80). Derselbe Genosse schildert, dass diese Kultur von europäischen GenossInnen, die nach Rojava reisen, zu Beginn oftmals nicht verstanden wird und mit einer glorifizierenden Kultur der Erinnerung an einzelne verwechselt wird. Er entgegnet, dass die Erinnerung viel eher Kraft im Kampf gibt und aufzeigen soll, dass der Kampf der Gefallenen heute von anderen fortgeführt wird.

Schliesslich wird das Leben der Shhids zu einem Teil eines kollektiven Gedächtnisses, welches dokumentiert, wie vielfältig die Unterstützung für Rojava ist. Die Gefallenen kommen aus verschiedenen Teilen der Welt und unterschiedlichen Hintergründen, alle haben sich

Staat seinen Kampf gegen Rojava eskaliert indem er gemeinsam mit islamistischen Milizen in Afrin einmarschiert.

Die französischen GenossInnen der TIKKO, die Befreiungsarme der TKP/ML haben im Zusammenhang mit dem Streik in Frankreich ein Solidaritätsvideo gemacht, welches sie auf YouTube veröffentlichten. Die Gewerkschaftsbasis hat sehr positiv reagiert, die Spitze jedoch reagierte sehr rabiat. Die GenossInnen des Tabur von der BÖG zeigten sich mit einem Graffiti des palästinensischen politischen Gefangenen Ibrahim Abdallah solidarisch, welcher seit Jahren im Gefängnis sitzt, obwohl er seine Haftstrafe verbüsst hat. Er wird nicht freigelassen, da er sonst den Widerstand in Palästina bestärken und somit eine Gefahr für den Staat darstellen würde. In Raqqa gab es ein Graffiti mit einem Solidaritätsgruss für die DemonstrantInnen der G20-Proteste in Hamburg. Die GenossInnen in Rojava zeigten damit auf, dass die Konzentration der Kämpfe nicht nur dort stattfinden soll, sondern mit allen antikapitalistischen Kämpfen und einer Revolution weltweit. Genau diese Situation ist seit dem 20. Januar 2018 sehr aktuell. Der türkische Staat begann Afrin anzugreifen. Die ersten Ziele waren vor allem zivile, mit der Absicht die Menschen in die Flucht zu treiben und Afrin zu entvölkern. Damit die Revolution in Rojava zu zerschlagen. Russland sowie die USA geben der Türkei ihre Zustimmung, indem sie nicht einschreiten. Die ersten Bodentruppen der Angreifer waren IS-KämpferInnen, welche rekrutiert wurden. Diese wurden aber sogleich zurückgeschlagen. Da-



Kämpferin und Kämpfer an der Front

aber dazu entschieden, sich am Freiheitskampf zu beteiligen. Entsprechend ist der praktische Internationalismus immer wieder Thema im Film, der nicht nur in Richtung Rojava wirkt, sondern auch von Rojava ausgeht. Die GenossInnen kämpfen für eine Perspektive, in der fortschrittliche Kämpfe nicht nur dort auszutragen sind, sondern weltweit verbunden werden. Genau darum sind Projekte wie dieser Film wertvoll, weil sie eine Vermittlung von Erfahrungen ermöglichen, welche die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf bildet. In diesem Sinne ist der Film ein Instrument zur Vertiefung des Verhältnisses zwischen dort und hier.

Den Abschluss des Films bildet die Erklärung des Freiheitsbataillons nach der Befreiung von Raqqa. Das IFB betont einerseits die Schwierigkeiten, die sich beim Wiederaufbau des zivilen Lebens in Raqqa zeigten. Schliesslich hatten die BewohnerInnen jahrelang unter dem Regime des «IS» gelebt und es wird befürchtet, dass ethnische Spannungen geschürt werden könnten zwischen den grösstenteils arabischen EinwohnerInnen der Stadt und den grösstenteils kurdischen Kräften der SDF.

Andererseits wagen sie einen Blick in die unsichere militärische Zukunft. Denn die Raqqa-Operation war eine Zäsur für die militärische Zusammenarbeit mit den USA, da nach ihr das hauptsächliche gemeinsame Ziel dieser taktischen Allianz, nämlich die Zerschlagung von Daesh, grösstenteils erfüllt war. Die GenossInnen diskutieren im Sommer 2017 was im Winter 2018 zur Gewissheit wird, nämlich, dass der türkische

nach eröffnete die Türkei Angriffe aus der Luft. Viele Zivilpersonen sind gestorben oder wurden verletzt. Die militärische Situation ist angespannt, die verschiedenen progressiven Kräfte machen nun mobil, um Rojava zu verteidigen. Der Film „We need to take guns“ zeigt in kurzweiligen, circa 60 Minuten authentisch die verschiedenen Positionen in den Taburs auf und zeigt eindrücklich das Leben im Krieg gegen den türkischen Staat und die Daesh. Nach den 60 Minuten ist man von den Eindrücken fast erschlagen. Diese lähmen einen aber nicht, im Gegenteil, sie füllen den Körper mit Energie und mit Tatendrang. Der Film zeigt, dass sich der Kampf gegen die imperialistischen Grossmächte, gegen den Kapitalismus, gegen die kapitalistische Logik und allerlei reaktionäre Ideologien möglich ist, Faschismus und Sexismus unumgänglich ist - aber und gewonnen werden kann!

Verpasst es nicht, diesen Film zu sehen und ihn als Mittel zum Kampf gegen den Krieg in der Türkei, gegen die Daesh einzusetzen.

Der Film «We need to take guns» (2018) von A. Barbara und A. Sofia dokumentiert in rund sechzig Minuten authentisch die verschiedenen Positionen in den Taburs von Rojava und zeigt eindrücklich das Leben im Krieg gegen den türkischen Staat und die Daesh. Er wird in den nächsten Monaten an verschiedenen polit-kulturellen Anlässen gezeigt werden. Interessierte, die gerne eine Filmvorführung mit Diskussion organisieren würden, können sich bei info@rhi-sri.org melden.

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.